

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eintr. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 50 Pf., für Verträge und Veranlagungen 30 Pf. Interat für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Erstausgeber: Amt I, Nr. 1508  
Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Belgien.

Das Gesamtbild der belgischen Wahl vom letzten Sonntag ist jetzt vollständig. Der hervorstechende Zug ist das siegreiche, allen Widerstand vor sich niederwerfende Vordringen des Sozialismus.

Drei Parteien erschienen auf dem Plan: der bürgerliche Liberalismus, der, von dem Klerus auf der einen und den Sozialisten auf der anderen Seite bedrängt, seit gut einem Jahrzehnt im Rückgang ist; die Klerikale Partei, welche die Regierung und damit alle Regierungs-Vorteile hat, und seit den letzten Wahlen in der belgischen Kammer über mehr als Zweidrittel-Mehrheit verfügt; und die Sozialdemokratie, der die Regierung, der Klerus und das Kapital — also die drei stärksten Machtfaktoren des modernen Klassenstaats — mit allen guten und schlechten Mitteln entgegengetreten.

Das Ergebnis der Wahlkampf ist: der Liberalismus liegt auf der Strecke und kann mühsam zusammengeslickt, nur als siecher, schwächlicher Krüppel in die Kammer hineinhumpeln; die Klerikale Partei ist aus dem Angriff in die Verteidigung gedrängt worden und hat gut ein Viertel ihrer Stimmen eingebüßt; und die Sozialdemokratie hat auf der ganzen Linie Terrain erobert. Im ersten Anlauf nahm sie den Sitz, welchen sie vorher besessen hatte, und drei neue dazu. Doch das ist das geringste. In allen Wahlkreisen ohne Ausnahme, den ländlichen so gut wie den städtischen, hat die Stimmenzahl der Sozialdemokratie sich namhaft vermehrt — von 50 bis zu mehr als 100 Prozent. An vielen Orten, wo bei der letzten Wahl die Sozialdemokraten keine einzige Stimme hatten, haben sie jetzt tausende; die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Kandidaten ist seit Oktober 1894 um 100 000 im ganzen gewachsen. Die Wucht dieser Zahl begreift sich erst, wenn man bedenkt, daß Belgien bloß 6 1/2 Millionen Einwohner hat, und daß an der Wahl des vorigen Sonntag nur die Hälfte des Landes — sagen wir eine Bevölkerung von 3 1/2 Millionen betheiligt war. Eine einfache Regel der Tri-Rechnung ergibt aber, daß eine Wählerzunahme von 100 000 bei einer Wählerschaft von 3 1/2 Millionen für ein Land mit der Bevölkerung von Deutschland — 52 Millionen — 1 500 000, d. h. anderthalb Millionen betragen würde. Und dieser kolossale Fortschritt binnen nicht ganz zwei Jahren!

Das ist bei der letzten belgischen Sonntagswahl der alles andere überragende, das Interesse beherrschende Punkt. Alles andere ist Nebensache. Daß der Liberalismus ebenso wenig wie der bürokratisch-polizeiliche Konser-

vatismus vor der Expansivkraft des Sozialismus zu bestehen vermag, das ist längst — auch in Deutschland — durch die That bewiesen; allein die deutschen Zentrumsleute hatten sich bisher noch in dem Wahne gewiegt, der katholische Klerus mit der Kirche sei ein sicherer Damm gegen die Sozialdemokratie.

In Belgien, wo der Klerus an der Regierung sitzt, ist dieser Damm durchbrochen worden.

Bemerkte sei noch, daß bei den Brüsseler Stichwahlen — die am Sonntag stattfanden — nur 9 Sozialdemokraten kandidierten; in den übrigen neun Quartieren sind — auf Grund des bekannten Wahlbündnisses — Radikale aufgestellt.

Unter der Ueberschrift: „Das Anwachsen der Sozialdemokratie“ bringt die „Königliche Zeitung“ eine telegraphische Mitteilung, aus der wir noch folgende Einzelheiten hervorheben:

Die amtlichen Zahlen aus Antwerpen bestätigen, daß zwischen den Klerikalen und den Liberalen Stichwahl für die ganze Liste stattgefunden hat. Es erhielten: die konservativen Klerikalen 58 900 (1894 mit den heute getrennt marschierenden Klerikal- demokraten 61 142); die Liberalen 42 455 (1894 43 297); die Sozialisten 9885 (1894 4871); die Klerikal-Sozialisten diesmal 6294 Stimmen. Die konservativen Klerikalen haben somit 4500 Stimmen verloren, die Liberalen erleiden einen unwesentlichen Verlust, die Sozialisten gewinnen in der Hafenstadt, wo sie noch vor wenigen Jahren ein ganz kleines Häuflein bildeten, 4400 Stimmen. In Löwen bleiben die Sozialisten mit 20 524 in einer Minderheit, die sich gegen 1894 (5120 Stimmen) vervierfacht hat. In Mecheln ist ihre Stimmenzahl von 1894 auf 10 510 gestiegen. In Namur siegen die vereinigten Radikalen und Sozialisten mit 35 355 Stimmen gegen 32 005 vor 2 Jahren. Sogar das mittelalterliche Brügge, Bruges la Morte (die „tote Stadt“), hat den Sozialisten, den Vertretern der sogenannten „neuen Ideen“, heuer 8143 Stimmen gegeben (gegen 521). Philippville ergiebt, immer für dieselbe Partei, folgenden Vergleich: 6695 (gegen 0); Kortryl 11 800 (gegen 3674); Nivel 19 879 (6633); Weurme 254 (0); Ofsende an 20 000 (gegen 0); die ulamischen Volkredner scheinen sogar die Fischerbevölkerung gewonnen zu haben; Ipern 4285 (0); Rousselaere (Roulers) 3450 (0). Es läßt sich daher berechnen, daß die Sozialisten in Flandern und Vogen in den fünf Provinzen diesmal mindestens 65 000 (belgische Zeitungen sprechen von 100 000) Stimmen gewonnen haben. Das Ergebnis der Wahlen läßt sich folgendermaßen kennzeichnen: welches Vordringen der Sozialdemokratie und der revolutionären Bestrebungen mit einer beinahe ebenso starken Gewalt wie 1894; Ohnmacht des Klerikalismus, diesem Drange nach der äußersten Linken selbst in seinen festen Burgen Widerstand zu leisten; gleiche Ohnmacht des gemäßigten Liberalismus, eine parlamentarische und politische Stellung widerzugewinnen, die unter dem gegenwärtigen System endgültig als verloren betrachtet werden muß. Wenn man bedenkt, daß in diesem Jahre diejenigen Provinzen zu wählen hatten, die noch als Stützpunkte für die Ordnungsparteien gelten, und daß 1895 diejenigen Gauen an die Reihe kommen werden, die, wie Vättich, Demogau und die Fabriksstädte Ostflanderns, als die eigentlichen Damänen der Sozialdemokratie betrachtet werden müssen, so sind die Aussichten für Belgiens nächste Zukunft wahrhaft trübe.

So die „Königliche Zeitung.“ Das Schlusswort „träbe“ verwandeln wir in glänzend.

Uns wird über den Wahlkampf geschrieben: Brüssel, 5. Juli. Die Wahlmacht hat ihren Gipfel erreicht. Plakate, Broschüren, Aufrufe verschiedenster Art, Karri-

aturen, Zeitungen werden an allen Ecken vertheilt und dabei natürlich Lügen, Verläumdungen, Zitatenfälschungen (alles gegen den „schlimmsten Feind“ den Sozialismus, gerichtet) massenhaft verbreitet. Der erste Preis in solchen Zitatenfälschungen, — Erfinden von nie existirenden Zitaten, Lügen u. s. w. gebührt selbstverständlich den Klerikalen Parteiführern, die auf ihren Aufrufen mit großen Buchstaben die Devise führen: Moral, Sitte, Ordnung, Religion, Eigentum, Familie und... was alles noch!... Hier in Brüssel existiren bis zu dieser Stunde 6—8 verschiedene Listen. Die radikal-sozialistische, dann die der Klerikalen, die den Titel führt: „Die Liste der konservativen, unabhängigen (!) Arbeiterpartei“... Was die Unabhängigkeit bedeutet, zeigt ja klar genug die Thatsache, daß von den 18 austretenden Mitgliedsleuten „der Unabhängigen“ 2 von der Partei selbst hinausgeworfen wurden, weil sie sich als zu abhängig von der Regierung erwiesen haben. Was das für eine Arbeiterpartei ist, wird der Leser aus dem folgenden beurtheilen können. Auf der Liste der Klerikalen waren zwei Namen (Kentin und Carton de Wiart) zwei Arbeiter — Christlich-Soziale. Kurz vor den Wahlen, die gestern und nicht offiziell, wurden in einzelnen Bureaux die beiden gestrichen und an ihre Stelle zwei Kaufleute eingeschrieben. Die Arbeiter, wenn auch Christlich-Soziale, sind für die Partei unbenutzt. Die Kaufleute als solche haben auch eine Liste aufgestellt, die aber nicht ernst zu nehmen ist. Das sind „Zwanzigers“ — wie man sie hier nennt — die bloß auf die Dummheit des Wählers rechnen, die Stimmen zu zerpfücken suchen, damit die Stichwahl gesichert wird. (In dem Aufruf der Herren steht: „Stimmt für uns, wir wollen unsere Interessen verteidigen, — keine Politik treiben — wir sind bloß gegen die Sozialisten“... ) Bei den liberalen Herren Doktrinären wird mir der Leser gestatten, etwas zu verweilen. Zuerst haben die Herren ihre eigene Liste mit 18 Kandidaten aufgestellt, 3 Tage nachher haben sie sich zertheilt in Liberaux-Union, die ihre eigene Liste von 6 Sozialisten, 6 Radikalen und 6 Liberalen aufgestellt haben, das heißt ohne die Sozialisten und Radikalen zu fragen. Wie haben die Herren die oder andere Kandidaten der fremden Listen ausgewählt, warum die oder andere, daß weiß kein Mensch. 2 Tage später ist eine dritte Liste der Liberalen aufgetaucht, gezeichnet Liberaux Unionistes, auf der 4 Sozialisten, vier Radikale, 4 Liberale und 4 Kaufleute standen. Die Progressivsten haben sich von dieser Sorte schon früher abgetheilt, somit waren die Liberalen in 5 oder 6 Abtheilungen zerpfückt. Eine größere Verwirrung, Prinzipienlosigkeit und Schwäche konnte kaum von der liberalen Seite gezeigt werden. Ein solcher Wischmasch wurde den Wählern empfohlen, ohne daß die Kandidaten überhaupt etwas davon wußten. Zwischenzeitlich hat die Regierung auf einmal die Zeit der Wahlhandlung um eine Stunde vermindert, was bloß darauf gezielt hat, den Arbeiter, der vielleicht die Zeitung nicht liest zu verhindern, zu der Abstimmung zu kommen.

Der Herr Minister Vanderperboom (Eisenbahnen), der selbst wieder gewählt werden sollte, hat auf einmal zwei bis drei Tage vor den Wahlen einen Ulaß erlassen, nach dem die Bezahlung des Dienstpersonals erhöht werden sollte. Früher in der Kammer, als der Vorschlag von sozialistischer Seite kam, hat er dazu kein Geld gefunden und für nicht notwendig erachtet. Wenn sich der Leser noch erinnert, daß vor zehn Tagen die Klerikalen in der Kammer noch ein Gesetzen in ein paar Minuten Zeit angenommen haben, daß der Sold, den die Soldaten hierzulande bekommen, — auf 80 Franken monatlich „erhöht“ (erhöht) werden solle, so wird er kaum zweifeln, daß alles bloß Wählerfängerei war.

erkennen. So wie denen, welche auf hohen Bergen stehen, Wolken den Anblick der Thäler und Ebenen entziehen, das Treiben und die Wohnungen der Menschen aber nur jene sehen, welche in geringer Höhe über ihnen wohnen, so schaut Ihr von Exzer erhabenen Höhe nur die unbedeutlichen Nebel, während ich von meinem niedrigeren Standpunkt die Vorbereitungen der Schäfer, sich und ihre Herden vor dem Sturm, den die Wolken verüben, zu schützen, beobachte. Verzweifelt nicht, hoher Herr; die Geduld hat ihre Grenzen — diese Grenze ist bereits überschritten. Kom erwartet nur die Gelegenheit, und sie wird kommen, um vereinigt gegen seine Unterbrüder sich zu erheben.

Das große Geheimniß der Veredelsamkeit besteht darin, etwas ernsthaft zu wollen. Das große Geheimniß der Beredsamkeit Nienzi's lag in der Kraft seiner Begeisterung. Er sprach stets wie jemand, der an dem Erfolge nicht zweifelt. Vielleicht wurde er selbst, wie viele Männer, welche wichtige und große Zwecke verfolgen, der sich entgegenstellenden Hindernisse sich nicht ganz bewußt. Er sah den Erfolg glänzend und deutlich und überfah in seiner Phantasie die Schwierigkeiten und die Länge des Weges, und so theilte er die Ueberzeugungen seines eigenen Geistes unwiderstehlich anderen mit. Er schien weniger zu versprechen, als zu prophezeien.

Der Bischof von Orvieto, welcher, wenn auch nicht sehr scharfsinnig, doch ein Mann von kaltem Temperament und vieler Erfahrung war, wurde durch die Kraft, mit der Nienzi sich aussprach, hingerissen und vielleicht um so mehr, als sein eigener Stolz und seine eigenen Leidenschaften gegen den Uebermuth und die Gewaltthätigkeiten des Adels anstrebten. Er dachte einige Zeit nach, ehe er antwortete. „Aber“, fragte er endlich, „werden bloß die Plebejer sich erheben? Du weißt, wie unbeständig und schwankend sie sind.“

(Fortsetzung folgt.)

### 16) Rienzi.

#### Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Es wurde jetzt leise an die Thüre geklopft, und ein Diener in der reichen Livree der päpstlichen Beamten trat ein.

„Signor“, sagte er, „der Bischof von Orvieto ist angekommen.“

„Ja, das ist vortrefflich. Licht her! Es widersährt mir eine Ehre, die ich besser zu würdigen, als auszudrücken vermag.“

„Hi! Hi!“ sagte der Bischof, indem er eintrat, und sich vertraulich niederließ, „keine Ceremonien unter den Dienern der Kirche; und nie, glaube ich, bedurfte sie mehr treuer Freunde als jetzt. Diese Tumulte, diese unverschämten Kämpfe in der Stadt und unter den Altären des heiligen Petrus müssen der ganzen Christenheit ein Kergerniß sein.“

„Und es wird nicht anders werden“, sagte Rienzi, „bis Seine Heiligkeit selbst in dem Sitz seiner Vorfahren Residenz nimmt und mit starkem Arm die Gewaltthätigkeiten des Adels zügel.“

„Ach!“ sagte der Bischof, „daß diese Worte nur wie Wind verfliegen; denn wollte der Papst Deine Wünsche erfüllen, und sich von Avignon nach Rom begeben, so würde er, beim Blut des heiligen Petrus, nicht den Adel, sondern der Adel würde ihn beugen. Du weißt wohl, daß seit sein Vorgänger, gesegneten Andenkens, den weisen Entschluß faßte, nach Avignon zu entfliehen, der Vater der christlichen Welt, wie so viele andere Väter in ihrem Alter, durch seine widerspenstigen Kinder bewacht und geleitet wurde. Erinnerst Du Dich nicht, wie selbst Bonifacius, ein Mann kühnen Herzens und eisernen Charakters, durch die Vorfahren der Desini gedemüthigt wurde, indem seine Handlungen ihrem

Willen unterworfen waren, so daß er, wie ein Vogel in seinem Käfig, gegen das Gitter anstrebte und starb? Wahrlich, Du sprichst von den Erinnerungen Roms; diese Erinnerungen aber sind für Päpste nicht sehr angenehm.“

„Gut“, sagte Rienzi, indem er freundlich lächelte und seinen Sitz näher an den des Bischofs zog. „Ihr habt recht, und ich muß gestehen, daß, so übermüthig und widerspenstig der Adel damals war, er es jetzt noch mehr ist.“

„Selbst ich“, fuhr Raimond fort, indem ihm das Blut in das Gesicht stieg; „selbst ich, der Vikar des Papstes und der Repräsentant seiner geistlichen Autorität, wurde vor drei Tagen erst durch jenen Stephan Colonna, der immer mit so vieler Gunst und Auszeichnung durch den heiligen Vater behandelt wurde, schwer beleidigt. Seine Diener höhnten die meinigen auf offener Straße, und ich selbst — ich, der Delegat des Herrn der Könige, — wurde gezwungen, mich an die Mauer zurückzuziehen und zu warten, bis der Unverschämte vorbei war. Auch fehlten gotteslästerliche Worte nicht, um die Beleidigung zu vervollständigen. „Entschuldigt, Herr Bischof“, sagte er, als er vorüber kam; „aber Ihr wißt, daß diese Welt nothwendigerweise vor jener den Vortritt hat.“

„War er so kühn?“ sagte Rienzi, sein Gesicht mit der Hand bedeckend, da ein eigenthümliches Lächeln, welches gänzlich den Charakter seiner strengen Züge veränderte, um seine Lippen spielte. „Dann ist es Zeit für Dich, heiliger Vater, wie für uns, um —“

„Woju?“ unterbrach ihn schnell der Bischof. „Können wir etwas thun? Sieh Deine begeisterten Träume auf, erniedrige Dich zu der wirklichen Erde, schau nächstern um Dich; was können wir thun?“

„Herr“, erwiderte Rienzi ernsthaft, „es ist das Unglück Eures Ranges, nie das Volk oder die Reichen der Zeit zu

# Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Juli.

Die Entscheidung des Disziplinargerichtshofes im Fall Wehlan findet in ganz Deutschland, so weit es überhaupt ein Urtheil hat, nur eine Theilnahme, und diese Theilnahme ist eine Verurtheilung. In Deutschland sorgt der Strafrichter dafür, daß das Urtheil über den Richter nicht nur in abgeschwächter Form ausgesprochen werden kann. Im Ausland aber hat man diese Rücksicht nicht zu nehmen, und nimmt sie nicht. Und wie wird das unvermeidliche und selbstverständliche Urtheil das Ansehen Deutschlands im Ausland berühren? Das ist eine Frage, die unsere Herren Patrioten sich vorlegen sollten. Als Liebknecht neulich in dem Bericht über seine englische Reise schrieb, in allen englischen Gesellschaftskreisen habe man von dem offiziellen Deutschland die denkbar niedrigste Meinung, wurde er von den Räckern des Patriotismus angegriffen als einer, der „sein Vaterland zerfleische“. Wir fragen diese Herren Mund-Patrioten, ob sie etwa glauben, daß die Entscheidung des Disziplinar-Gerichtshofes in Sachen Wehlan geeignet ist, dem Ausland eine besonders gute Meinung von dem offiziellen Deutschland beizubringen? —

In der „Post“ wird für unsere Beleuchtung der sozialpolitischen Vergangenheit des neuen Handelsministers mit Dank quittirt. Mit Freude bekennet das Organ des Herrn Stumm aus der Schilderung des „Vorwärts“: Der Brief ist ja gerade der Mann nach unserem Herzen! Die Post schließt ihre Betrachtung mit den Worten:

Gerade daß es die Eisenbahnverwaltung verstanden hat und versteht, bei wohlwollendster (!) Regelung des Arbeitsverhältnisses ihrer Arbeiter doch der sozialrevolutionären Propaganda einen Diegel vorzuschoben, und sich von den Heerführern der sozialdemokratischen und der ihr verwandten Presse in ihrer Energie und Konsequenz nicht irre machen läßt, gereicht ihr in den Augen aller verständigen und patriotischen Männer zum besonderen Verdienste, und wenn diese ihre guten Traditionen auch im Ressort des Handelsministeriums zur Geltung gelangen, so kann es den diesem angehörenden Verwaltungen nur zum Segen gereichen.

Hätten wir nicht recht mit dem Hinweis am Schluß unseres Artikels, daß die Sozialpolitik, wie sie sich unter der Regide des Herrn Briefeld anläßt, unendlich segensreich wirken würde — für den Kapitalismus? —

Meline ist mit Ach und Krach einer Niederlage entronnen. Ein von dem radikalen Doumer eingebrachter Antrag, das Prinzip des Rentensteuer-Gesetzes anzuerkennen, wurde auf heftigste Bitten Melines, der die Vertrauensfrage stellte, von der Kammer abgelehnt, und zwar mit 288 gegen 254 Stimmen. Mit anderen Worten, die Kammer hat dem Ministerium einen Faustschlag verfehlt, indem sie das Prinzip seines eigenen Gesetzes verwarf, das blau Mal aber mit einer Salbe bestrichen.

Dieser „Sieg“, der eine von Meline selbst erbetene Ohrfeige ist, verschwindet seiner praktischen Bedeutung nach vollständig in nichts, wenn man bedenkt, daß das gestern mit einer Mehrheit von 29 Stimmen verworfene Prinzip der Renten- und Einkommensteuer vor wenigen Wochen von derselben Kammer mit 48 Stimmen Mehrheit sanktionirt worden ist.

Auf eine so schwankende Mehrheit ist natürlich kein Verlaß. —

Aus Anlaß der Streikbewegung in Petersburg hat der Verein für den Schutz der arbeitenden Klasse am 22. Juni einen Aufruf „an die Gesellschaft“ gerichtet, der nach einer Schilderung der elenden Lage der Arbeiter und deren Bestrebungen mit folgendem Appell an die russische Gesellschaft endigt:

Ihr alle, welche Ihre eure Träume von den Freiheiten nicht vergessen habt, denkt daran, daß noch mehr als Ihr, daß das gedrückte und rechtlose russische Proletariat dieser Freiheiten bedarf. Für wen denn, wenn nicht für den Arbeiter, ist es ein dringendes Bedürfnis, das Recht, mit seinen Kollegen zusammenzutreten und Besprechungen zu veranstalten? Wen, wenn nicht ihn, schlägt am schwersten das Stock der polizeilich-bureaucratischen Vormundschaft? Wer, wenn nicht er, erstickt unter der Willkür des Brotherrn, verdoppelt durch die Willkür der Behörden. Ihr wißt gewiß, daß im Kampfe des Arbeiters gegen die Fabrikanten um die Möglichkeit zu leben, wie es eines Menschen würdig ist, die stärkste Waffe der Streit ist. Er ist ihm nothwendig, wie das tägliche Brot, wie die reine Luft und der russische Arbeiter ist dieses Recht seines Grundrechtes beraubt. Die russische Regierung bestraft den streikenden Arbeiter, wie einen Kriminalverbrecher, sie stellt dem Fabrikanten alle Hilfsmittel des Polizeistaates zur Verfügung. Und ungeachtet dessen, trotz dem Schrecken der zu erwartenden Repressalien, auf das Risiko einer halbhangarigen Gefangenschaft hin, sind in Petersburg fast alle Baumwollspinnereien in einen Streik getreten; ihnen haben sich jetzt auch die anderen Fabriken angeschlossen. Eine dreihunderttausend Mann starke Masse der Streikenden hat die russische Regierung in eine solche Aufregung versetzt, welcher Euren Petitionen noch nie gewürdigt worden ist.

Betrachtet die Geschichte und Ihr werdet einsehen, daß die für Euch brennenden Fragen nur dann aufgehört werden, Fragen zu sein, wenn sie auf die Straße hinausgetragen sind. In der Menge, in der vom Bewußtsein erfüllten Masse, sucht Euch einen Stützpunkt, ohne sie werdet Ihr vergebens eure Flügel im Käfig des Jaren wund schlagen, ohne sie ist für die Regierung all Euer Bitten und euer Flehen lächerlich. Die russische Arbeitermasse, welche die Straßen füllt, sie ist es, die auf ihren Schultern alle Erdrückungen der westeuropäischen Freiheit ausgetragen hat. Sie wird auch Euch den Weg ehen zur Erreichung Eurer Ziele. Es wird die Zeit kommen, wo Ihr, Vertreter der Gesellschaft, mit Triumph den Weg einherziehen werdet, welcher von dem Blute des russischen Proletariats begossen ist. Gehört darum jetzt seinen Ruf, reicht ihm wirklich Brot und nicht einen Stein, es ist das eine heilige Pflicht!

Ob und inwiefern der Aufruf um materiellen Beistand für die russischen Streikenden bei der russischen „Gesellschaft“ Wiederhall gefunden hat, ist uns zur Zeit noch unbekannt. Das westeuropäische Proletariat hat aber seine Sympathie für die russischen Brüder in dem gegenwärtigen, dem bedeutendsten Momente in der Geschichte der jungen russischen Arbeiterbewegung nicht bloß in Worten, sondern in der That zum Ausdruck gebracht. Dieser Tage sind in London eine Versammlung von 99 Vertretern verschiedener Trades Unions statt, in welcher einstimmig beschlossen wurde, den Streikenden eine materielle Unterstützung seitens der Unions zu theil werden zu lassen. —

Zur amerikanischen Präsidentenwahl. Auf dem demokratischen Konvent in Chicago spielen die Silberleute va banque! Es ist ihre letzte Chance. Fallen sie bei der diesjährigen Präsidentenwahl durch, dann können sie empfinden. Die „notleidenden“ Agrarier Europas machen das Kraut nicht fett. Die mit Millionen Dollars arbeitenden Agenten der Silberminen setzen denn auch

Himmel und Hölle in Bewegung; und sie haben die Delegirten aller Staaten westlich des Alleghans und südlich des Potomac gewonnen, mit Ausnahme der Staaten Wisconsin, Michigan und Minnesota. Ostlich des Alleghans und nördlich des Potomac lagen die Staaten New-York, New-Jersey und Connecticut, die früher auf den demokratischen Konventionen den Ausschlag gaben. Jedenfalls kommt es zu einer Spaltung der Demokraten, die natürlich den Republikanern zu gute kommen wird.

Vom heutigen Tage haben wir folgende Depeschen: Chicago, 7. Juli. Die demokratische Konvention trat heute Mittag zusammen. Die Silberanhänger überreichten einen Bericht der Minorität der Nationalversammlung, in welchem der Senator Daniel als zeitweiliger Präsident der Konvention vorgeschlagen wird an stelle des von der Majorität ernannten Senators Hill. Nach mehreren Reden dafür und dagegen wurde der Vorschlag der Minorität, die den Senator Daniel begünstigt, mit 556 gegen 349 Stimmen angenommen. Andauernder Beifall der Silberanhänger.

Chicago, 8. Juli. Der Mandatsprüfungs-Ausschuss beschloß mit 27 gegen 16 Stimmen, die unkritischen Mitglieder des Staates Michigan den Delegirten zuzusprechen, welche Silberanhänger sind. Dies deutet eine vorläufige Aktion des Ausschusses in betreff anderer frütiger Siege an, durch welche die Silberanhänger zwei Drittel Majorität erlangen dürften. Die Silberleute beherrschen die Konvention vollständig.

Chicago, 8. Juli. Der Unter Ausschuss der demokratischen Konvention hat einen großen Theil des demokratischen Programms festgestellt. Dasselbe verlangt die sofortige Wiedereinführung der unbeschränkten freien Silberprägung auf der Grundlage des Paritätsverhältnisses von 16:1, ohne die Mitwirkung oder Zustimmung irgend einer anderen Nation abzuwarten; das Programm spricht sich gegen die Emission von Kreditbilletts durch die Banken aus und fordert, daß alles Papiergeld direkt von der Regierung ausgegeben werde. Ferner verlangt dasselbe, daß Zollgebühren nur für die Zwecke der öffentlichen Einnahmen erhoben werden sollen und verurtheilt die Drohungen mit der Wiederherstellung des Mac Kinley-Gesetzes. Die Abfälle betreffend die Monroelehre und die Rubasfrage sind noch nicht festgesetzt. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer verurtheilte heute den 21 Jahre alten Eiden-dreher Christoph W. wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis. Am Gefängnistage hatte er in einer hiesigen Speisewirtschaft beleidigende Aeußerungen gegen Wilhelm II. gebraucht.

## Deutsches Reich.

— Im Interesse des Abgeordneten v. Pöhl soll, wie wir hören, eine Ehrenerklärung durch den Bund der Landwirthe erlassen werden, für die man jetzt eifrig unter dessen Mitgliedern, besonders unter denjenigen, die zu den edelsten der Nation gerechnet werden, im Stillen Unterschriften sammelt. Wir gönnen Herrn v. Pöhl diese von seinen Getreuen initiierte Kundgebung von ganzem Herzen. Sie wird ihm ein Pfaster auf die Wunden sein, die er bei seinen Versuchen, auf der Wölfe zu spekulieren, davongetragen hat. Wir glauben aber kaum, daß ein solches Zeugnis seiner agrarischen Bundesbrüder genügen wird, um andere Leute von der Ueberzeugung abzubringen, daß sich derartige Börsenspekulationen im geheimen, selbst wenn der Spekulant sich nur mit Kleinigkeiten abgegeben hat, nicht mit der Rolle vertragen, die Herr v. Pöhl in der Öffentlichkeit als agrarischer Gato zu spielen versucht. —

— Der Acht Uhr-Ladenschluß. Einige Zeitungen wollen wissen, die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik in bezug auf den 8 Uhr-Ladenschluß für öffentliche Verkaufsstellen hätten die Zustimmung des Bundesraths nicht erhalten. In der Absicht der Regierung soll es nur liegen, eine bestimmte Beschäftigungszeit der Angestellten, aber keine Bestimmung über Öffnung und Schluß der Geschäfte vorzuschlagen. Sind das Spuren der Kera Briefeld?

— Durch das Bürgerliche Gesetzbuch wird, wie die „National-Zeitung“ ausführt, eine Novelle zur Grundbuch-Ordnung erforderlich, die gleichzeitig mit ersterem am 1. Januar 1900 in Kraft treten muß. Der Entwurf zur Abänderung der Grundbuch-Ordnung ist fertig gestellt und wird alsbald den verbündeten Regierungen unterbreitet werden. Nimm-mehr wird im Reichs-Justizamt nur noch die Beendigung der Arbeiten an dem Gesetzentwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit nötig sein, um alle diejenigen Gesetze vorberichtet zu haben, welche nach dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit diesem zugleich in Kraft treten sollen. —

— Das Ergebniss einer „Flottenammlung“, welches ein Schwärmer für ulerlose Flottenpläne veranstaltet hatte, wird jetzt veröffentlicht. Dasselbe ist ganz danach angehan, zwischen dem Entrüstungs-Patriotismus in Worten und dem opferwilligen Patriotismus in Thaten einen lehrreichen Vergleich zu ziehen. Im „Marine-Verordnungsblatt“ wird nämlich unter der Ueberschrift „Patriotische Gaben“ folgende Bekanntmachung des Staatssekretärs Hollmann vom 20. Juni veröffentlicht: „Der Weinbändler Franz Ziegler in Berlin hat die ihm zum Zwecke des Baues eines Schiffes gesammelten Gelder im Betrage von 204,50 Mark der Marine stiftung „Frauengabe, Berlin-Elberfeld“ zur Verfügung gestellt, was ich mit dem Ausdruck des Dankes für diese Verwendung zur Kenntniß der Marine bringe.“ — Ganze zweihundert vier und eine halbe Mark, das ist als Sammlung für ein Kriegsschiff, welches viele Millionen kostet, doch eine gar zu winzige Gabe, die nicht einmal die Kosten deckt, welche beim Stapellauf eines Schiffes an Champagner draufgehen.

Schlagender konnte die ganze Hohlheit des Treibens der Regierung nicht bewiesen werden, als durch das tägliche Ergebniss dieser Sammlung. Das wird die Steuerzahler aber nicht vor Mehrforderungen für die Marine schützen. —

— Begnadigung. Bekanntlich wurde die im Jahre 1893 vollzogene Wahl des nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten Wamböck im Wahlkreise Osnabrück infolge verschiedener in dem Orte Dissen veränderter Wahlschaltungen für ungültig erklärt, so daß eine Neuwahl stattfinden mußte. In dieser Wahlangelegenheit wurde der Gemeindevorsteher von Dissen, Westendarp, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Auf ein eingereichtes Gnadengesuch hat der Kaiser die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 500 M. umgewandelt. —

— Ueber die Wirkungen militärischer Uebungen wird dem „B. Z.“ aus Nordhausen geschrieben: In welche unangenehme Lage unsere Landorte häufig durch Einziehung der Lehrer zu militärischen Uebungen kommen können, zeigt sich allenthalb jetzt wieder in einigen Harzdofern in der Umgegend von Nordhausen. Von den vier Lehrern, welche die 400 Kinder des Dorfes Niedersachsen unterrichten, werden drei im kommenden Herbst zu einer zehnwöchigen militärischen Uebung eingezogen. Da auch die Lehrer der Nachbarorte Appenrode, Grimberode und Wiegendorf gleichzeitig zu demselben Zwecke abwesend sein werden, ist gegenwärtige Vertretung ausgeschlossen, eine Vertretung muß mit beträchtlichen Kosten extra beschafft werden. Für manchen armen Harzort ist das recht bitter! —

Löwenberg, 7. Juli. Die Stichwahl im Reichstags-Wahlkreise Löwenberg findet nach bisheriger Bestimmung am 15. Juli statt.

— Eine Nachwirkung des Bernstein-Prozesses hat man wohl in der folgenden Thatsache zu erblicken: Die der „Danz. Zig.“ aus Königsberg gemeldet wird, soll die dortige Regierung jetzt dem Besitzer Fint zu Bardau bei Palmnicken, einem Nachbarn des Geheimen Kommerzienraths Becker, die Erlaubniß zur Eröffnung eines Bernstein-Bergwerks auf seinem Grundstück ertheilt haben.

Merkwürdig, daß sich jetzt alle Hindernisse, die sich früher den Konkurrenten des Millionärs Becker entgegenbrachten, mit spielender Leichtigkeit überwinden lassen. Man sieht, die Öffentlichkeit ist doch etwas nütze — trotz Brausewetter!

— Der Regierungspräsident von Posen erläßt auf grund des Viehschutengesetzes vom 12. März 1881 ein Verbot der Einfuhr aller aus Russland stammenden Zubereitungen von Schweinefleisch. Ausgenommen ist allein gargekochtes Schweinefleisch und aus geschmolzenes Schweinefett. Die Einfuhr von frischem Schweinefleisch war bereits am 17. März verboten worden. —

— Das Schulhaus in Choino, im Kreise Samter in Posen, mußte polizeilich geschlossen werden, weil der Einsturz drohte. Dergleichen Zustände, bemerkt dazu die „Pr. Lehrer-Zeitung“, wären ausgeschlossen, wenn die Kinder des „ganzen“ Volkes — auch der Herrenhäuser — die Volksschule besuchen würden. —

— Der russische Grenzsoldat als Räuber. Vor mehreren Monaten stürzte der unmittelbar an der russischen Grenze wohnende preussische Kleinbauer Orzegorek aus Wycielowo, von Krämpfern befallen, an der Grenze auf seinem Felde nieder. Ein russischer Grenzsoldat zog den in Krämpfen liegenden Mann über die Grenze und raubte dem Bewußtlosen die Baarschaft in Höhe von 180 M. 60 Pf. Orzegorek wurde zwar wieder über die preussische Grenze geschickt, sein Geld erhielt er aber trotz aller Bittschriften nicht zurück. Jetzt endlich haben die preussischen Behörden es durchgesetzt, daß sein Geld zurückkehrt. Dasselbe soll ihm nächste Woche in Weibern in Russland ausgezahlt werden. Hoffentlich nehmen es ihm auf dem Wege von Weibern nach der preussischen Grenze die russischen Beamten nicht wieder ab. —

— Der preussische Landtags-Wahlkreis Montjoie-Schleiden-Malmedy (Regierungsbezirk Aachen) wird eine Neuwahl zu vollziehen haben. Das Mandat des bisherigen Abgeordneten Jerusalem (Zentrum) ist nämlich durch dessen Beförderung zum Landgerichts-Direktor des Landgerichts zu Essen erloschen. Der Kreis ist dem Zentrum ganz sicher. —

— In Dresden fand man am Mittwoch, 1. Juli, früh in der vierten Stunde in einer Zelle des Militärarresthauses einen Soldaten erhängt vor. Da von den Behörden bis jetzt Stillschweigen über den Vorfall beobachtet wird, so ist über den Namen und den Truppentheil des Unglücklichen sowie über die näheren Umstände noch nichts bekannt geworden. Das den Vorgang umgebende geheimnißvolle Dunkel läßt die Frage nach der Ursache dieses Selbstmordes nur um so berechtigter erscheinen.

Mühlhausen i. Elsaß. Genosse Dueb erklärt folgende Erklärung: „Wieder proklamirt das „Volkblatt“ triumphirend, ich sei nicht wählbar. Ich erkläre noch einmal: diese Freude ist verfrüht. Allerdings führe ich seit einiger Zeit mit der Behörde einen bis dahin im ganzen Deutschen Reich wohl noch nie dagewesenen Kampf um das Recht des Steuerzahlers. Die Einzelheiten dieses interessanten Kampfes werde ich später in ausführlicher Weise der Öffentlichkeit übergeben. Ist es der Bürgerschaft nicht auffallend, daß, während sie im allgemeinen über eine ungerechte oder zu hohe Besteuerung zu Klagen hat, dieselbe Behörde, die solches verschuldet, alles aufbietet, einen Mensch, der Steuern bezahlen will und zweifellos steuerpflichtig ist, mit allen Mitteln von der Steuerzahlung zurückzuhalten sucht? Die Absicht dieses sonderbaren Verhaltens liegt auf der Hand. Der erste und hauptsächlichste Zweck beruht darin, eine Bürgermeisterei ohne meine Gegenwart vornehmen zu können. Das ist den Herren nun ja gelungen, aber — ob zu ihrem Vortheil, darüber werden wir noch reden. Ich begnüge mich heute damit, noch einmal zu wiederholen, daß die Herren, die über meine Nichtwählbarkeit triumphiren, bis zum 24. August warten müssen, und erkläre ihnen zu gleicher Zeit, daß wenn ich auch den vereinigtsten Persönlichkeiten meiner Gegner unterliegen sollte, für sie ein Grund zu besonderer Freude nicht gegeben wäre. Sie sollen sich darüber nicht täuschen, daß der Bueb außerhalb des Gemeinderaths vielleicht schlimmer sein wird, als der Bueb im Gemeinderath. Meinen Parteigenossen und Freunden aber zur Verberuhigung die Mittheilung, daß mein Pulver noch lange nicht alles verschossen ist und, wie ich schon mit ganz anderen Deuten fertig geworden bin, habe ich die Zuversicht, auch in diesem Falle mit den brüderlich vereinigtsten Liberalen, Liberale und Bureaucraten fertig zu werden. Den Herren Gegnern jedenfalls das eine: Blamirt Euch nicht selber und lacht nicht zu früh!“

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Juli. Mit bezug auf das Gerücht, die öster-reichische Regierung beabsichtige eine baldige Auflösung des Abgeordnetenhauses, wobei auf gewisse von der Regierung angeordnete Vorbereitungen zu den künftigen Reichsratswahlen hingewiesen wurde, erklärt das offiziöse „Fremdenblatt“ auf grund von Erläuterungen „an kompetenter Stelle“, daß Ministerium des Innern habe lediglich die Vornahme von Verzeichnissen der Wähler der allgemeinen Wählerklasse als Grundlage für die Aufertigung der Wählerlisten angeordnet. Diese Anordnung sei eine reine Vorbereitungsmaßregel, durch welche später das Reklamationsverfahren vereinfacht werden solle.

— Der deutsch-böhmischen Vertrauens-männer-Versammlung, welche die Gründung einer deutschen Fortschrittspartei in Oesterreich beschloß, fand am Sonntag in Wien eine Vertrauensmänner-Versammlung aus Stadt und Land Niederösterreichs und die Jahres-versammlung des deutsch-mährischen Vereins in Brunn gefolgt. Beide Versammlungen haben sich zu Gunsten der Prager Beschlüsse ausgesprochen. Vorläufig läßt das Verhalten aller dieser Vertrauensmänner darauf schließen, daß es bei der Begründung der großen Fortschrittspartei nur auf eine Namens-änderung hinauskommt. Von diesen jachen Bourgeois hat die schlagzihen-Regierung nichts zu befürchten, wenn sie auch noch so kräftig auf dem nationalen Kalbsfell herumpannen. —

— Für die Bobbudelei, mit der die deutsche liberale Presse die ungarische Regierung trotz deren rückwärtslofer Magyarisirungs-Politik unablässig umschmeichelt, quittirt dieselbe in charakteristischer Weise im Jahre der Millenniumsfeier durch eine Verfügung, über die dem „Leipziger Tagebl.“ folgendes berichtet wird: Der ungarische Minister des Innern hat eine Entscheidung getroffen, deren Folge die Aufhebung aller deutschen Theater in ganz Ungarn in absehbarer Zeit sein muß. Er hat beschlossen, niemanden mehr, er möge sein, wer er wolle, eine Konzession für ein deutsches Theater zu bewilligen. Stirbt nun ein deutscher Theaterdirektor oder verzichtet er auf seine Konzession aus irgend einem Grunde, so hört damit das deutsche Theater, das er bis dahin leitete, zu existiren auf.

Die Geschichte wäre übrigens ganz nützlich für Deutschland, wenn sie unseren Patrioten die Verwerflichkeit dieser Art „Nationalpolitik“ klar machte und sie abhalten würde, den Dänen, Polen und Franzosen des Deutschen Reiches ähnlich mitzuspielen, wie es in Ungarn die Magyaren mit den Deutschen machen. —

## England.

London, 7. Juli. Das Oberhaus nahm in dritter Lesung die Viehschutzen-Bill in unveränderter Fassung an, vor

warf aber mit 108 gegen 26 Stimmen den Unterantrag Herzfeld's, wonach aus einem fremden Lande oder einer Kolonie, wenn diese authentisch frei von Viehseuche sind, die Vieheinfuhr auf Vorschlag eines der Häuser des Parlaments durch Kabinetsbefehl gestattet sein sollte. —

Der Unterstaatssekretär Curzon erklärte im Unterhause, daß die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Kreta nicht einer der vier Punkte sei, auf denen die europäischen Mächte beständen. Die Militärbehörden in Kreta erhielten jedoch infolge von Vorstellungen der Mächte in Konstantinopel den Befehl, die Operationen, außer im Falle des Angriffs, einzustellen. Der britische Konsul in Ganea berichtet, daß das Vorgehen der Konsula eine befriedigende Wirkung gehabt habe. —

### Spanien.

**Madrid, 8. Juli.** Der Senat hat das Handelsabkommen mit Deutschland angenommen. — Wieder eine Kuba-Debatte in den Cortes. Der Ministerpräsident Canovas wurde melancholisch und meinte, Kuba würde unglücklich, wenn es von Spanien sich lösmachte. Schade nur, daß die Kubaner anderer Meinung sind. —

### Griechenland.

**Athen, 8. Juli.** In ihrer Antwort auf die gemeinsamen Vorstellungen der Gesandten der Mächte rechtfertigt die griechische Regierung ihre Haltung und schiebt die Verantwortlichkeit für die Ereignisse auf Kreta der Pforte zu; gleichzeitig erklärt sie, die Herstellung der Ruhe auf der Insel hänge von den Maßnahmen der Pforte ab. Sie weist schließlich auf das Ergebnis der Versammlung in Thessaloniki als Beweis der verständlichen Stimmung der Kreter hin und spricht die Erwartung aus, daß der kretische Landtag morgen zusammentreten werde.

Ein Trupp bewaffneter Albanesen überschritt gestern die Grenze und betrat griechisches Gebiet in unbekannter Absicht. Eine griechische Truppenabteilung verfolgte die Albanesen, nahm sie gefangen und führte sie nach Larissa.

### Türkei.

Dem griechischen Blatt „Nisi“ zufolge wurde der Beschluß der in Thessaloniki versammelten Delegierten durch die nachfolgende Depesche veranlaßt, welche die Boten nach Kreta sandte: „Wir raten den Aufständischen, die Feindseligkeiten einzustellen und in Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Vertrages von Haleppla einzutreten, welchen die Pforte mit einigen berechtigten Änderungen den Kretern zugesagt; doch müssen die Kreter wissen, daß sie durch Forderungen, die über diese Abänderungen hinausgehen, die wohlverordneten Rechte auf die Sympathien Europas verlieren würden. Die christlichen Deputierten der autonomen Provinzen werden unverweilt in Haleppla bei Konen erwartet, wo sie unter Garantie des Konsularkorps mit den christlichen Deputierten der östlichen Provinzen in Verhandlung zu treten hätten, um ein Programm der kretischen Forderungen aufzustellen, welches folgende Punkte umfassen würde: erstens die ökonomische Unabhängigkeit der Insel; sodann sollen die Kollektoren im Staatschatz Kretas verbleiben, für den dem Sultan zu entrichtenden Tribut soll eine besondere Steuer eingeführt werden; der Gouverneur soll ein Christ sein, er soll durch die Pforte ernannt werden und ihm ein Veto gegenüber den vom kretischen Landtage angenommenen Gesetzen zustehen. Die Pforte hat, um einen Beweis ihrer guten Absichten zu geben, Abdullah Pascha angewiesen, die Truppen aus den Städten zu entfernen.“

**Konstantinopel, 7. Juli.** In Antwort einer Note des holländischen Gesandten betreffend die Unsicherheit der Fremden in Djeddah, Arabien, veranlaßt durch die meuterische Garnison, erklärte die Pforte, daß die meuterischen Truppen abgelöhnt und durch andere ersetzt werden würden.

Ueber die Entsetzung des Drusen-Aufstandes im Hauran wird noch folgendes Nähere bekannt: Am 15. Juni wurden die türkischen Steuererheber und ihre aus einem Offizier und 27 Mann bestehende Geleitsmannschaft von den unzufriedenen Drusen überfallen und massakriert. Die zur Ergreifung der Thäter ausgesandten Truppen, 1 1/2 Bataillone, 1 Eskadron mit drei Stabsoffizieren, rund 650 Mann zählend, wurden im Lager nächstlicherweile überfallen und gänzlich aufgerieben. Durch diese Erfolge ermutigt, griffen die gesammten Drusen des Haurans, deren Unterwerfung und vollständige Vernichtung im Vorjahre keineswegs durchgeführt worden war, zu den Waffen, in der Hoffnung, daß es ihnen diesmal leichter gelingen werde, ihre frühere Selbständigkeit zu erlangen. Jetzt sind nun zur Niederwerfung des Aufstandes, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, nicht weniger als 25 Bataillone im Hauran angestellt worden. Also in der Türkei wie in Spanien und Italien bringt der Stenerektor den Stein ins Rollen.

### Afrika.

**Kapstadt, 8. Juli.** Aus Fort Salisbury wird telegraphisch gemeldet, daß 40 Weiße und 100 Zulus die Maschonaute bei Briscoesfarm zurückdrängten; die Aufständischen verloren 25 Mann; weitere Neheleien werden gemeldet. In einigen Fällen trat die Polizei des Maschonaubereichs, nachdem sie ihre Offiziere gelodet hatte, auf die Seite der Rebellen. Marenbellas wurde von den Aufständischen niedergebrannt. —

## Internationaler Sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress.

### Au die kontinentalen Delegierten.

Alle über Dover kommenden Delegierten sollten Billets nach der Charing Cross Station nehmen.

Alle über Dieppe kommenden Delegierten sollten Billets nach der Victoria Station nehmen.

Alle über Bliffingen kommenden Delegierten sollten Billets nach der Victoria Station nehmen.

Alle über Hoek van Holland, Antwerpen oder Rotterdam kommenden Delegierten sollten Billets nach der Liverpool Street Station nehmen.

Alle über Ostende kommenden Delegierten sollten Billets nach der Victoria Station nehmen.

Die Delegierten werden dringendst ersucht, so früh als möglich die Zeit der Ankunft der von ihnen benutzten Züge in London, sowie die Station, auf welcher sie eintreffen werden, dem Sekretär des Empfangskomitees unter der Adresse:

Eleanor Marx Aveling, Secretary Hotel and Reception Committee, 19, Buckingham Street, Strand, London, mitzutheilen. Sie werden dann von einem französisch und deutsch sprechenden Mitgliede des Hotel- und Empfangskomitees in Empfang genommen werden.

Sollte durch irgend einen unglücklichen Zufall ein Delegierter nicht am Bahnhof in Empfang genommen werden, so wolle er sich gefälligst sofort nach dem Bureau des Organisationskomitees, unter der Adresse: Mr. S. Woods, 19, Buckingham Street (im obersten Stock links), Strand, dicht bei der Charing Cross Station, begeben. Omnibusse verkehren in kurzen Zwischenräumen zwischen Victoria Station und Charing Cross (Fahrgehd: 1 Penny), wie auch zwischen Liverpool Street und Charing Cross (Fahrgehd: 2 Pence).

Droschkengeld von Victoria Station nach Buckingham Street, Strand: 1 Schilling.

Droschkengeld von Liverpool Street Station nach Buckingham Street, Strand: 1 Schilling 6 Pence.

Buckingham Street erreicht man von der Charing Cross Station aus zu Fuß in zwei Minuten. Wer gar kein Englisch kann,

schreibe die Adresse auf und zeige sie dem Droschkentreiber oder dem nächsten Konstabler, der behilflich sein wird. Es wird den Delegierten empfohlen, sich vor ihrer Ankunft in England mit englischem Geld zu versehen.

## Partei-Nachrichten.

**Zum Londoner Kongress.** Wir haben nunmehr, soweit uns Mittheilungen zugehen, die Delegiertenkarten versandt und bemerken ausdrücklich, diese Karten sind, nachdem die betreffenden Rubriken ausgefüllt, an den auf der Karte genannten Sekretär des Organisationskomitees zu senden. Für die Delegierten bleibt ihr Mandat die einzig richtige Legitimation.

**Zum Internationalen Kongress in London** hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Niederlanden die nachstehenden Genossen als Delegierte ernannt: Dr. P. J. Troelstra, Henri Polak und W. D. Wiegman. Der Sozialistenbund ernannte zu Delegierten: F. Domela Nieuwenhuis, Chr. Cornelissen und Methöfer. Während Nieuwenhuis und Cornelissen nur fortwährend mit dem Anarchismus solettiven, hat Methöfer sich immer geradeaus für den Anarchismus bekant. —

Für eine gemeinsame Delegation der proletarischen Frauen Deutschlands zum Internationalen Kongress zu London haben sich bis jetzt folgende Ortschaften einverstanden erklärt: Kiel, Offenbach, Wandersbeck, Altona, Ottenstein, Frankfurt a. M., Dresden, Eberswalde. Zu Delegierten sind die Genossinnen Frau Clara Zellin und Frau Emma Jörger gewählt.

**Franz. Buchholz.** Am 2. Juli verstarb hier unser Genosse Fritz Frank. Obwohl der Verstorbene erst das Alter von 22 Jahren erreichte, zählte er doch zu den eifrigsten Anhängern der Partei. Der Les- und Diskussionsklub, dem er gleichfalls angehörte, geleitete ihn unter zahlreicher Beileidigung am letzten Sonntag zur Ruhe. Die Polizei war durch zwei Gendarmen vertreten.

**Der Militärboikott in Meerane,** so schreibt die „S. B.“, der vom Generalkommando auf Anregung des Rathes der Stadt begn. des Bürgermeisters Dr. Ebeling über diejenigen Wirthe verhängt worden ist, die ihre Säle den Sozialdemokraten zu Versammlungen hergeben, hat recht unerwartete Folgen gehabt. Die Kriegervereine haben sich nämlich gegen den Boikott ausgesprochen. Unsere Partei brachte es dahin, daß die gesammte Bürgerchaft mit ganz vereinzelten Ausnahmen mit ihr gegen den Rath und seinen Boikott zusammienhielt. Der Bürgermeister mußte sich in der Rathssitzung und in dem Meeraner Blatte gegen die Angriffe aus der Bürgerchaft vertheidigen, ohne jedoch den Vorwurf widerlegen zu können, daß er den Boikott veranlaßt und damit die „Ehre der Stadt“ beeinträchtigt habe. Die Stadtverordnetenversammlung und eine öffentliche Bürger-versammlung haben Beschlusstränge angenommen, wodurch der Rath aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß der Militärboikott schleunigst aufgehoben werde. Inzwischen zieht der Boikott immer weitere Kreise. Sieben Militärvereine stellten ihrem Bezirksvorsteher Winkler ein Mißtrauensvotum aus, weil er nicht genügend kräftig für die Zurücknahme des Militärboikotts gewirkt hat, das über die größten, unserer Partei offenstehenden Säle verhängt ist.

In einer am 1. Juli in Grünfeld bei Waldenburg abgehaltenen Bezirksversammlung des Bezirks Glauchau von Sachsen Militärvereine, die von den Vertretern von 63 Bezirksvereinen besucht war, rief die Amksinberlegung des Bezirksvorstehers infolge der von den sieben Meeraner Vereinen beschlossenen Mißtrauensumgebung eine äußerst erregte Debatte hervor. Herr Winkler wies den Vorwurf, er habe nicht genügend für die Aufhebung des Boikotts gewirkt, mit dem Bemerkten zurück, daß man ihm unmöglich zumuthen könne, gegen eine vom königlichen Generalkommando erlassene Verordnungsopposition zu machen. Schließlich sprachen die Vertreter sämtlicher Vereine außer denen der Meeraner dem Bezirksvorsteher ihr Vertrauen aus. Darauf nahm Herr Winkler das Amt des Bezirksvorstehers wieder an. Die Meeraner erbatlen sich eine 14tägige Dezentzeit, während der sie die Mißtrauensklärung zurückziehen oder aus dem Bezirksverband ausscheiden werden.

Am 2. Juli ist nun in der General-Versammlung der Meeraner Militär- und Kriegervereine, die zahlreich besucht war, mit allen gegen sieben Stimmen beschloffen worden, aus dem Bunde auszutreten. Die Leute wollen als Staatsbürger ihre Rechte haben. Das ist der Erfolg des Militärboikotts und der Grünfelder Bezirksversammlung. Nur so weiter!

**Bei der Gewerbegerichtswahl in Weimar** siegte die Liste unserer Parteigenossen mit 118 von 134 abgegebenen Stimmen. Bei der Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer unterlagen unsere Genossen mit 8 gegen 17 Stimmen.

**Auf einer Parteikonferenz in Greiz** wurde dem Reichstags-Abgeordneten Wurm die Delegation für den Londoner Kongress übertragen.

**Sächsische Versammlungsfreiheit.** In einer Dachdecker-versammlung in Dresden wurde dem Meserenten das Wort entzogen, weil er die Wahlrechtsverschlechterer als Feinde des Volkes bezeichnete. Als der Vorsitzende zu dieser Wortentziehung bemerkte, es würde Aufgabe des Bureaus sein, Beschwerde zu führen, löste der Ueberwachende prompt die Versammlung auf.

**Das Zentralorgan des Schweizer Grütlivereins** hat so viel Abonnenten und so viel Annoncen bekommen, daß der gegenwärtige Umfang — ein Bogen wöchentlich — nicht mehr ausreicht, und der Leitung des Vereins geht die Frage vorliegt, den „Grütlerner“ entweder in ein tägliches Blatt zu verwandeln, oder das Format wesentlich zu vergrößern, und Beilagen zu geben. Vermuthlich wird zunächst letzteres beschloffen, da die Umwandlung in ein tägliches Blatt sehr große Ausgaben verursachen würde, und immerhin etwas gewagt wäre.

**Der diesjährige Kongress der französischen Arbeiterpartei (Parti Ouvrier)** findet bekanntlich in Lille statt. Er tritt den 21. d. M. zusammen und wird 3 Tage lang dauern, so daß ein Theil der Delegierten gerade Zeit hat, nach London zum Internationalen Kongress zu fahren. Die Tagesordnung ist: 1. Der internationale Kongress und die auf ihm zu erörternden Fragen. 2. Die Arbeiterpartei und die Erneuerung des Senats im Jahre 1897. 3. Die sozialistischen Gemeinden und deren gemeinsames Handeln.

4. Die Arbeiterpartei und die sozialistische Disziplin. Alles wichtige und praktische Fragen. —

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

— Wegen Aufforderung zur Arbeitseinstellung durch Ehrverletzung und Drohung, begangen gegen den mährischen Studenteure Johann Globasnia, wurde am 7. Juli vom Schöffengericht Leipzig der Studenteure Johann Friedrich Robert Dezer zu fünf Tagen Gefängniß verurtheilt. Die That hatte V. im angebotenen Zustande am 1. Juni d. J. während des Leipziger Studenteurestreiks begangen. — Der Handarbeiter Friedrich Wilhelm Bach soll, um Arbeiter, die beim Schleusenbau in Leipzig-Blagwitz beschäftigt waren, durch Werfen mit Bruchstücken von Ziegelsteinen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen, was er befrist, sich eines Vergehens gegen § 188 der Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht Leipzig verurtheilt ihn aber wegen Vergehens gegen § 286,7 des St.-G.-B. zu zehn Mark Geldstrafe event. vier Tagen Haft.

— Wegen Fabrikantenbeleidigung wurde der Redakteur des Fachorgans der Porzellanarbeiter „Die Ameise“,

Richard Jahn, von dem Schöffengericht in Köln zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Wegen groben Unfugs hatten sich die Genossen Bellin, Behrend, Eckardt, Schnelle, Mau, Richter, Schüler, Täubig, Schuboz, Hugo und Ruch vor dem Brandenburger Schöffengericht zu verantworten. Das Vergehen erblickte die Anklage in der Verhängung des Boykotts über die Spitta'sche Brauerei. Die Vernehmung ergab, daß Ruch in der Versammlung vom 7. März den Boykott-Antrag gestellt und das Boykott-Flugblatt verfaßt und vertrieben hat, daß Hugo für die Berichte in der „Brandenburger Zeitung“ über die Boykott-Angelegenheit die preßgesetzliche Verantwortung übernimmt, daß Bellin die Gewerkschafts-Kartell-Versammlung vom 26. März und die Versammlung vom 27. März als Vorsitzender leitete. Die übrigen Angeklagten sollten sich dadurch schuldig gemacht haben, daß sie in einer der beiden Versammlungen den Boykott befürwortet hätten. Außerdem sollten Eckardt und Richter sich der Berrufserklärung (§ 188 der Gewerbe-Ordnung) dadurch schuldig gemacht haben, daß sie den Gerbern, welche den Spitta'schen Streik nicht respektirten, in der Versammlung vom 26. März die Verächtlichmachung angedroht hätten. Das Gericht sprach sämmtliche Angeklagten frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf.

— Wegen Privatbeleidigung wurde unser Genosse John, Redakteur von unserem Partei-Organ in Kassel, zu 5 Tagen Gefängniß verurtheilt.

— Bestätigtes Strafmandat. Der Vorstand und Kassirer des Männergesangsvereins „Vorwärts“ zu Unterweiß erhielten je ein Strafmandat in Höhe von 50 M. von der Amtshauptmannschaft Dresden-Altkadt, weil sie ohne polizeiliche Erlaubniß Karten zu dem am 1. Osterfeiertag in der Rothen Schänke zu Döhlen veranstalteten Familienabend verkauft haben sollten. Sie beantragten richterliche Entscheidung und machten geltend, daß die angezogene Verordnung nicht zutreffend sei, da diese nur die Eintrittsgelder zu öffentlichen Versammlungen resp. die Veranstaltung und Benahme von Geldsammungen, deren Höhe und Hingabe in das Belieben des Gebers gestellt sei, von der behördlichen Erlaubniß abhängig mache. Das Schöffengericht bestätigte aber das Mandat.

## Soziale Uebersicht.

**Aus den Ziegeleien.** Eine der ausgebeuteten Proletariats-Kategorien sind die Ziegeleiarbeiter. Sie werden mit ausgeprägtem Raffinement ausgebeutet wie die Arbeiter in der Großindustrie und erhalten dafür einen Lohn und müssen unter Bedingungen arbeiten, die oft noch unter denen der gewöhnlichen Landarbeiter stehen. So werden uns einige recht interessante Einzelheiten aus der Ziegelei Rothenslein, vor dem Hofgärtner Thor in Königsberg gelegen, mitgetheilt.

Die Arbeitszeit währt dort von 5 1/2 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends, wofür ein Lohn von 1,80 M. pro Tag gezahlt wird. Einige bevorzugte Arbeiter erhalten auch bis 2,40 M., man weiß aber eigentlich nicht, warum? Haben die vielleicht noch besondere Pflichten? Für sechs Tage Lohn behält der Herr Ziegeleibesitzer noch ein. Wie alle anderen Ziegeleibesitzer hat auch Herr Görke in Rothenslein eine besondere Vorliebe für russische und polnische Arbeiter, jedenfalls sind die billiger und willfähriger. Aber die müssen auch Wohnungen zum Schlafen haben und in der Beziehung soll, wie uns mitgetheilt wurde, in Rothenslein geradezu ein paradiesisches Verhältnis bestehen. Vorerst giebt der Ziegeleien einen Ruheplatz für die müden Arbeiter ab. Betten dürfen dort wegen Feuergefahr nicht stehen, zudem würde den Leuten auch das Ausstehen zu schwer werden, wenn sie zu weich liegen würden. Dann giebt's aber auch noch Arbeiterwohnungen dort, und da soll es sogar angebracht sein, daß in den Schlafräumen die russischen Arbeiter beiderlei Geschlechts in ein und demselben Raume zusammenliegen. Dadurch wird allerdings die Sittlichkeit gegen die Angriffe der Sozialdemokratie aufs nachdrücklichste gewahrt. Zudem soll aber in Rothenslein auch noch das Trucksystem in herrlichster Mäthe stehen. Nämlich die Leute erhalten vom Ziegeleibesitzer Blechmarken und dafür erhalten sie morgens für 5 Pf. einen Topf Pichorienbrühe, mittags für 20 Pf. eine Portion, deren es zwei bedarf, um einen Mann zu sättigen, und abends giebt's Kartoffeln und rothschillernde Heringe, alles für Blechmarken. Diese Blechmarken, für die die Arbeiter nur in der Ziegelei etwas bekommen, werden bei der Lohnzahlung in Anrechnung gebracht und vom Lohne abgezogen.

Reguliche Verhältnisse sollen so ziemlich in den meisten Ziegeleien Ostpreußens bestehen, weshalb es äußerst wünschenswert wäre, wenn der zuständige Herr Gewerbe-Inspektor diesen Betrieben seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden möchte, jedoch ohne vorherige Anmeldung.

Diesemigen aber, die unter diesen Zuständen leiden, die ausgebeuteten Ziegelei-Arbeiter, sollten angedacht dieser Verhältnisse endlich einsehen lernen, daß es an der Zeit ist, selbst Hand ans Werk zu legen, um ihre jammervolle Lage aufzubessern. Nur dadurch, daß sie sich zusammenschließen, organisiren und über ihre Interessen aufklären, können sie was erreichen. Vereinzelt seid Ihr Arbeiter in den Ziegeleien weiter der Spielball schlimmster Ausbeutung seitens der Unternehmer, vereint aber könnt Ihr alles erreichen, was in Eurem Interesse liegt.

**Der Boykott der Dresdener Konsumvereine** durch die Militärvereine hat nicht den gewünschten Erfolg. Der Militärverein Wettin zu Dresden-Strehlen hat ein vom 25. Juni datirtes Zirkular verfaßt, in dem die ursprüngliche Frist vom 1. Juli auf den 1. August verlängert wird. Charakteristisch ist in dem Zirkular folgender Passus:

Ein Verschweigen der Mitgliedschaft beim Konsumverein ist nicht möglich, da die Behörden in Besitz der Mitglieder-verzeichnisse dieser Vereine sind.

Also die Behörden sind im Besitze der Mitgliederlisten der Konsumvereine, schreibt dazu die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“. Und die Militärvereine erhalten Kenntniß von diesen Listen. Das ist zweifellos recht nett, aber auch diese freundliche Unterstützung durch die Behörden wird für die Militärvereine weiter keinen Erfolg haben als den Verlust einer Reihe von Mitgliedern. Die guten Leute sollten doch bedenken, daß blinder Eifer nur schadet.

## Gewerkschaftliches.

**Zu Großalmerode** (Hessen) sind 150 Thonarbeiter in den Ausland getreten. Es handelt sich um einen Kampf um das Koalitionsrecht. Die Unternehmer verlangen, daß sämmtliche Arbeiter aus der Organisation austreten.

**In Darmstadt** haben die Koller und Wickelnacher in der Pampa'schen Zigarrenfabrik wegen Lohnminderungen gekündigt. Zugug ist fern zu halten.

**Wie die Polizei das Unternehmertum schätzt.** Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ berichtet: In der Löpfer'schen Schuhfabrik in Dresden streikten eine Anzahl Arbeiter. Ein Arbeiter hatte gehört, daß der Streik beigelegt sei, begab sich in die Fabrik, und als er das nicht bestätigt fand, verschwand er wieder. Davon muß der, wie es scheint, speziell mit der Beobachtung dieses Streiks betraute Kriminalpolizist Peters Kenntniß erlangt haben, denn er suchte den Arbeiter in seiner Wohnung auf, befragte ihn eingehend, ob er „belästigt“ worden sei, und ließ sich die beiden Streitenden beschreiben, mit denen der standhafte Arbeiter gesprochen. Der Arbeiter hatte sich nicht belästigt gefühlt, es war also weder grober Unfug verübt,

## Soziale Rechtspflege.

noch gegen die Gewerbe-Ordnung gesündigt worden. Nun forderte der Polizist den Arbeiter auf, doch wieder zu arbeiten, er sichere ihm polizeilichen Schutz von seiner Wohnung bis in das Geschäft zu! Es kommt der Polizei also gar nicht darauf an, dem bekümpften Kapitalisten zuliebe eine Schutzpatrouille täglich viermal einen 10-15 Minuten langen Weg machen zu lassen, wenn nur ein streikender Arbeiter abtrünnig wird! Die polizeiliche Liebesmüh war aber in diesem Falle unnötig, denn alle Versprechungen des bedrohten Unternehmers Löffler, zu dem sich jener Arbeiter in Begleitung des Polizeibeamten begeben hatte, waren ohne Erfolg.

**Die Mannheimer Tischler** haben in den meisten Geschäften ihre Forderungen ohne Arbeitseinstellung bewilligt erhalten. In den anderen Geschäften, wo man sich dem Verlangen der Arbeiter gegenüber ablehnend verhielt, befinden sich die Arbeiter im Ausstand.

**Der Bierbockstott** in Karlsruhe nimmt an Umfang zu. Die Brauereibesitzer greifen zum letzten Mittel, um die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Sie erlassen öffentliche Erklärungen, in welchen sie die Ausständigen sowie die „sozialdemokratischen Agitatoren“ der Unwahrheit bezichtigen. Ein Herr Schrempf veröffentlichte eine Lohnliste, nach welcher die Brauereiarbeiter von 105-165 M pro Monat erhalten. Die Wichtigkeit einer solchen Behauptung kann man schon durch den Umstand erkennen, daß dieselben Brauereibesitzer sich weigerten, einen Minimallohn von 25 Mark wöchentlich zu bewilligen. Am Sonntag fand eine Volksversammlung statt, die vollständig überfüllt war, so daß viele wieder umkehren mußten. Die Brauereibesitzer waren öffentlich und schriftlich eingeladen, erschienen aber nicht.

**Zum Böttcherstreik in München.** Eine Sitzung der Bierbrauereibesitzer und Direktoren in Sachen der angepörrten Böttcher hat am Donnerstag stattgefunden und wurde als Resultat derselben dem Ausständigen brieflich mitgeteilt, daß vorerst 67 verheiratete Böttcher eingestellt werden können. Hiervon haben 26 Mann am Montag angefangen, während weitere 31 Mann der Einstellung noch harren. Wenn auch diese untergebracht sind, verbleiben noch 64 Ausständige, die der Unterbringung bedürfen.

**Mahregelung.** Die Arbeiter, welche im Geruch stehen Sozialdemokraten zu sein, aus der Arbeit gedrängt werden, zeigt folgender Fall: Die Genossen in Oldenburg hatten zum Bremerhavener Gewerkschaftsfeste eine Dampferpartie unternommen, wobei auch die Fahnen einzelner Gewerkschaften mitgenommen wurden. Die rothen Schärpen schienen in den Augen der Bremerhavener Polizei ganz besonders gefährlich zu sein und die Träger der Fahnen und Embleme wurden von einem Schutzmann angefordert, die Schleifen zu entfernen. Die betreffenden Genossen glaubten nun nicht, daß das, was im monarchischen Oldenburg erlaubt, in der Bremer Republik verboten sein könne, und gaben der Anforderung nicht sofort Folge, worauf sie nach der Polizeiwache geführt wurden, um ihre Personalien festzustellen. Dieser Tage erschien nun ein Schutzmann in dem Schneidergeschäft des Herrn Wälder in Oldenburg, wo einer der Wälder in Arbeit stand, um denselben nach dem Rathhause zu zitieren, damit er über sein revolutionäres Treiben in Bremerhaven verhört würde. Hierbei erzählte der Wälder des Befehles dem Arbeitgeber alles, was sein Arbeiter angeblich verbrochen hatte. Herr Wälder hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als seinem Gehilfen sofort zu kündigen. Es schien ihm, als guten Bürger, wohl anständig einen jungen Mann zu beschäftigen, der es wagte, eine Fahne mit rother Schleife zu tragen. Philister sind eben Philister. Was aber veranlaßte den Schutzmann, dem Herrn Wälder zu erzählen, warum sein Gehilfe zur Vernehmung auf das Rathhaus zitiert wurde? Sicher ist ihm von seinem Vorgesetzten der Auftrag dazu nicht erteilt worden. Würde er auch dem Gehilfen, wenn er den Meister wegen irgend einer Sache hätte vorladen müssen, in behaglicher Breite erzählt haben, warum man den Meister auf dem Rathhause zu sprechen wünscht?

**Die Befestigung des Streiks der Solinger Messerfabriker** ist durch die schroff ablehnende Haltung der Fabrikanten verhindert. Die Stipulationen, die durch Vermittlung des Landrats v. Bönhof festgesetzt wurden, gelangten am 6. Juli in einer Versammlung der Streikenden zur Besprechung. Nach heftiger Debatte nahm man mit 8 Stimmen Majorität folgenden Antrag an: „Der Streikverein geht auf die beim Landrath getroffenen Abmachungen ein, erklärt jedoch, daß der Streik nicht eher beendet wird, bis das ganze Preisverzeichnis geregelt ist.“ Vom Fabrikantenverein ist schon vorher jede Verständigung auf dieser Grundlage abgelehnt.

**Basel, 5. Juli.** Der schweizerische Brauerkonflikt wird immer heftiger. Gestern Abend wurde der Örtliche Beschluß der Brauereibesitzer ausgeführt mit einer Rücksichtslosigkeit, wie man es von republikanischen Arbeiterfreunden nicht gedacht hätte. 300 Brauereiarbeiter wurden gestern Abend die Arbeit gekündigt. Ein großer Theil wurde unter Vorauszahlung des 14tägigen Lohnes sofort entlassen. Die Brauereibesitzer erklärten, diese gestern ausgesprochenen Kündigungen nur dann zurückzunehmen, wenn bis Mittwoch, den 8. Juli, der Boykott in der ganzen Schweiz bedingungslos aufgehoben sei. Auf dieses Angebot konnte die organisierte Arbeiterchaft nicht eingehen. Die schweizerische Arbeiterchaft wird mit den Brauereibesitzern erst dann Frieden schließen, wenn neben der Zurücknahme der gestern ausgesprochenen Kündigungen auch die am 20. Juni ausgesprochenen Brauer wieder eingestellt und die im März vereinbarte Arbeitsordnung wieder hergestellt ist. Die in die deutsche Arbeiterpresse von der „Frankfurter Zeitung“ übernommene Notiz, daß der schweizerische Bierkrieg seinem Ende nahe, ist daher etwas voreiligt; der Kampf wird im Gegenheil von jetzt an noch energischer als bisher geführt. Die meisten Gewerkschaften und Arbeitervereine haben in ihren Versammlungen den Generalboykott erklärt. — Auch die Brauereibesitzer lassen kein Mittel unversucht, die Wirkung des Boykotts von sich abzuwenden. Neben den sechs Basler Genossen ist nun auch das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes von den Brauereibesitzern wegen Geschäfts- und Kreditfähigkeit verklagt. Der Brauereibesitzer Haas in Zürich verlangt nicht weniger als 10 000 Fr. Schadenersatz! Die schweizerischen Brauereibesitzer haben diesmal bei den Münchener Brauereibesitzern Unterstützung und Hilfe erhalten. Diese haben ihre Vertreter in der Schweiz angewiesen, an Birthe, die Bier aus boykottierten Brauereien führen, kein Münchener Bier abzugeben.

**In Wien** befinden sich 500 Stellmacher im Ausstand. Die Aussperrung der Tischler hat lange nicht den Umfang angenommen, wie in bürgerlichen Blättern gemeldet wird. Die größeren Firmen haben sich durch die Agitation der Innungsbildenden absolut nicht zu solchen Maßnahmen drängen lassen. Allerdings geben sich die Herren die rechtliche Mühe, durch persönliche Agitation die Sache zu forcieren.

**Im Krupp'schen Werk** in Berndorf bei Wien haben 18 Formner und 5 Hilfsarbeiter die Arbeit eingestellt. Der Grund ist, man will nicht mit organisierten Arbeitern weiterarbeiten. Es sollten nun in jeder Woche zwei Mann entlassen und durch unorganisierte ersetzt werden. Bei der ersten Entlassung hörten die übrigen Arbeiter mit auf. Die in der Rohrgießerei Beschäftigten werden sich den Dinausgegangenen anschließen. Zugang ist fernzuhalten.

**Nach den letzten** aus Petersburg hierher gelangten Nachrichten dauert der Streik noch fort auf der Fabrik von Howard und auf einer Abteilung der Fabrik von Magwell.

**Der Champagnerwirth aus der Ausstellung Alt-Berlin,** Wujak, erwiderte auf die Lohnschädigungsfrage vor dem Gewerbegericht seiner vormaligen Buffetmamsell M., daß er dieselbe mit recht entlassen habe, weil sie das Geschäft absichtlich geschädigt hätte. Ferner machte Beklagter vor dem Gewerbegericht geltend, die Schöne hätte sich bei hellem lichten Tage auf dem Marktplatz von Alt-Berlin lassen und dadurch einen Kauf veranlaßt, und öffentliches Vergerniß erregt, so daß die Direktion der Gesellschaft Alt-Berlin sogar ihre sofortige Entfernung aus der Ausstellung verlangt habe. Zur Begründung der behaupteten absichtlichen Schädigung des Geschäfts durch die Klägerin konnte Beklagter nur anführen, daß die Buffetmamsell eines Abends mit den Worten an ihn herantreten sei: „Sehen Sie, jetzt hätte ich noch eine Flasche Sekt loswerden können, ich habe es aber nicht gethan.“ Der Gerichtshof, Kammer VI, Vorsitzender Assessor Krause, stellte nunmehr fest, daß der Engagementsvertrag die Klägerin nicht verpflichtete, Gäste zu animiren. Sie hatte vielmehr nur die Aufgabe, die verlangten Getränke auszugeben und eventuelle mal fehlende Kellnerinnen zu vertreten. Jedoch war es ihr gestattet, persönliche Bekannte selbst zu bedienen; und auf solch einen Bekannten hatten sich die fraglichen Worte der Klägerin bezogen. Die beklagte Firma wurde verurtheilt, 148,50 Mark an Fr. M. zu zahlen. Der „Fehltritt“ auf dem Marktplatz komme nicht mehr in Betracht, weil die Bekäfte nachher doch weiter beschäftigt worden sei; man habe ihr das Vergehen gewissermaßen verziehen.

**Die Rücksichtslosigkeit**, mit der Expeditions-Unternehmer ihre Angestellten für abhanden gekommene Güter haftbar machen, ist bekannt. Dieser Tage hatte sich das Gewerbegericht wieder mit dem Schadenersatzanspruch eines solchen Unternehmers zu befassen. Der Herr, namens Hinz, hatte dem Kollschner R. für ein verschwundenes Kollo 112,75 M. von seiner Kautions in Abzug gebracht, worauf R. dann beim Gewerbegericht Klage erhob. Aufgefordert, die Schuld des Klägers an dem Schaden nachzuweisen, vermochte der Beklagte nur den Beweis dafür zu erbringen, daß auf dem sog. Boden seitens seines Bodenmeisters die für die fragliche Fuhr bestimmten Güter richtig zusammengestellt worden sind und daß erst beim Abblenden der Sachen von dem Kollwagen, also nach beendeter Tour, das Fehlen des betreffenden Kollo bemerkt wurde. Trotz dieser Feststellung hielt der Beklagte daran fest, daß ihm jene Summe gebühre. Er verstieg sich sogar soweit, zu erklären, der Kollschner übernehme mit den Frachtbriefen die Garantie für die darin bezeichneten Güter, ganz gleich, ob er sich erst davon überzeuge, daß die Papiere auch mit der Ladung übereinstimmten, oder ob er dies nicht thue. Die zuständige Kammer VII verurtheilte den Beklagten zur Herausgabe der gesammten Kautions unter folgender Begründung: Das Gericht habe nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß dem Kläger thatsächlich jenes Kollo übergeben sei. Der Fuhrer habe zwar dargelegt, daß auf dem Boden die Sendung genau festgestellt sei und daß Arbeiter die Gegenstände hinausgeschafft hätten; er habe aber nicht bekunden können, daß das fragliche Kollo auch auf den Wagen gekommen sei. Zur gerichtlichen Anerkennung eines Schadenersatzanspruches hätte es aber hier mindestens dieses Nachweises bedurft.

## Gerichts-Beitrag.

**In dem Prozeß Hermann Friedmann** hat der Vertheidiger Revision eingelegt.

**Unter gewaltigem Zulauf aus Schlächterkreisen** fand gestern vor dem Schwurgericht am Landgericht I eine Verhandlung statt, die bereits einmal die Strafkammer beschäftigt hatte. Letztere hatte sich für unzuständig erklärt und die Sache dem Schwurgericht überwiesen. Angeklagt waren die Schlächtermeister Gustav Adolf Burmeister und Hermann Lewin wegen Urkundenfälschung. Burmeister betrieb in früheren Jahren in Friedrichsberg eine Schlächterei. In den letzten zwei bis drei Wochen vor seiner am 8. Februar erfolgten Verhaftung schlachtete er gemeinschaftlich mit Lewin in dessen in Heinersdorf belegenen Schlächterei. Schon seit dem Jahre 1892 stand Burmeister in dem Anse, daß er mit einem falschen Stempel das von ihm geschlachtete Vieh selbst stempelte. Verschiedene Zeugen wollten einen derartigen mit dem Buchstaben „U.S.T.“ (Untersuchungs-Station) versehenen Stempel gesehen haben. Eine ganze Reihe von Vorfällen, u. a. auch die Beobachtungen in der Untersuchungs-Station selbst, in welcher das von Burmeister zur Abstempelung gebrachte Fleisch in argem Mißverhältnis zu dem von diesem angekauften Schlachtvieh stand, deuteten darauf hin, daß Burmeister in der That mit einem falschen Stempel operirte und damit zweifellos auch manches durchaus kranke Fleisch, welches niemals hier zum Verkauf zugelassen worden wäre, abgestempelt hat. Verschiedenen bei ihm beschäftigten Gefellen ist es aufgefallen, daß er mehrere Male Fleisch von Friedrichsberg nach Berlin fuhr, welches bereits abgestempelt war. In den letzten 14 Tagen vor der Verhaftung der beiden Angeklagten haben sie dann das früher von Burmeister allein betriebene Verfahren des falschen Stempeln gemeinschaftlich fortgesetzt. Jetzt war es Lewin, der die Stempelung, jedoch mit Wissen und Willen des Burmeister, allein vornahm. Letzterer hatte dem Lewin den Stempel in einem Portemonnaie mit dem Bemerkten übergeben, er habe dieses in der Zentralmarkthalle gefunden. Befragt wurden die Mißthäter, als Lewin am 8. und 7. Februar 1896 mit Einverständnis Burmeister's gestempelt Fleisch in Berlin einfuhrte und zwar auch solches von tuberkulösem Vieh, bei dem sie die kranken Stellen vorher herausgeschnitten hatten. Dieses Fleisch wäre geeignet gewesen, die menschliche Gesundheit in hohem Grade zu gefährden. Das Verhalten der beiden Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt und dem Assessor von Dewitz vertheidigt wurden, war ein ganz verschiedenes. Während Lewin im allgemeinen gefändig war, legte sich Burmeister aufs Zeugnen. Er behauptete, daß der Stempel, den die Zeugen bei ihm gesehen haben wollen, seinen eigenen Namenszug G. B. getragen habe. Was das dem Lewin übergebene Portemonnaie betrifft, so will er nicht nachgesehen haben, was sich in demselben befand, auch will er von den späteren Stempelungen des Lewin keine Kenntniß gehabt haben. Einen Theil der Zeugen suchte er dadurch unglaubwürdig zu machen, daß er ihnen Rachegefühle unterstich und außerdem behauptete, daß dieser und jener mit seiner Ehefrau Darmrit und letztere gleichfalls ein Interesse daran habe, ihn als unbequemen Ehemann loszuwerden. Die Verhandlung brachte nach dieser Richtung hin keine Beweise.

Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch auf Schuldig der schweren öffentlichen Urkundenfälschung gegen beide Angeklagte ab. Dem Angeklagten Burmeister wurden mildernde Umstände verfaßt, dem Angeklagten Lewin jedoch zugebilligt. Staatsanwalt Boermann beantragte gegen Burmeister 4 Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Lewin zwei Jahre Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte gegen Burmeister auf drei Jahre Zuchthaus, (wovon 2 Monate verbüßt gelten) und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Lewin auf 1 Jahr Gefängniß (wovon 3 Monate verbüßt gelten) und 3 Jahre Ehrverlust.

**Ein Zittenerbild.** „Der Gerichtshof ist leider nicht in der Lage, der Angeklagten ihren Wunsch zu erfüllen und sie zu verurtheilen, er muß sie vielmehr ihrer eigenen Absicht zuwider freisprechen.“ So verurtheilte gestern der

Vorsitzende der 8. Strafkammer den Ausgang einer Verhandlung gegen die unverheiratete Helene Schulze wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Die Angeklagte ist eine Prostituirte, die schon so manche Woche im Frauengefängniß in der Barnimstraße hat zubringen müssen. Als sie eines Tages wieder einmal aus diesem unfreiwilligen Aufnahmestort, in welchem sie so oftmals weiche Bohnen hatte essen müssen, entlassen wurde, wurde sie von dem Sohne ihrer Wirthsleute abgeholt. Nach den ersten Begrüßungen hörte sie von diesem, daß auch am ersten Tage ihrer Freiheit zu Hause wieder — weiche Bohnen ihrer als Mahlzeit warteten und ob dieser Eröffnung gerieth sie in solche Wuth, daß sie ihren Begleiter sofort verließ, ihren Weg zur nächst durch alkoholische Getränke zu beschleunigen suchte und, als ihr dies nicht gelang, eine Strafanzeige sowohl gegen ihre Wirthin, als auch gegen deren Sohn erstattete. Sie beschuldigte darin die Wirthin der Kuppelei und den Sohn, von dem sie behauptete, daß er Zuhälterdienste leiste, grober Mißhandlungen. Als auf Grund ihrer Strafanzeige später ihre Vernehmung stattfand, widerrief sie alle ihre Behauptungen und stellte diese als einen Ausfluß ihres Rachegefühles wegen der weichen Bohnen dar. Trotz der ernstesten Vorhaltungen blieb sie auch im Termin bei ihrem Widerruf, so daß dem Staatsanwalt nichts übrig blieb, als eine Gefängnißstrafe von 6 Monaten zu beantragen, die Rechtsanwalt Dr. Werthauer zu mildern suchte. Der Gerichtshof kam aber zur Freisprechung der Angeklagten, indem er annahm, daß ihre Strafanzeige der Wahrheit entspreche. Maßgebend dafür war, daß der angeklagte Zuhälter in der That als solcher schon einmal wegen gröblicher Mißhandlung der Angeklagten zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist. Der Gerichtshof war der Meinung, daß die Angeklagte aus Furcht vor den Rissen des Zuhälters zu dem Widerruf getrieben worden und daß ihr die gerichtliche Strafe wegen wissentlich falscher Anschuldigung weniger empfindlich erscheine als die rohe Faust ihres Beschülers.

**Tanzlustbarkeiten**, die ein Offizierkorps unter Hinzuziehung eingeladener Gäste in seinem Kasino veranstaltet, unterliegen nach einer neuesten Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht der Lustbarkeitssteuer, welche einzuführen § 15 des Kommunalabgaben-Gesetzes den Gemeinden freistellt. Ein Offizierkorps könnte weder als ein Verein noch als geschlossene Gesellschaft, für deren Lustbarkeiten Steuern zu erheben zulässig sei, angesehen werden, und die von einem solchen Korps veranstaltete Tanzlustbarkeit trage einen häuslichen Charakter. Wenn auch § 15 des genannten Gesetzes den Gemeinden das Recht zur Erhebung von Lustbarkeitssteuern u. e. i. n. g. e. s. c. r. ä. n. t. gewähre, so müßte doch nach der Begründung des Gesetzentwurfs angenommen werden, daß Veranstaltungen eines Offizierkorps in seinem Kasino und ähnlich zustande kommende Lustbarkeiten nicht getroffen werden sollten. — Ob Arbeitervergütungen mit „familiärem Charakter“ ebenso behandelt werden würden?

**Aus der Untersuchungshaft** entlassen wurden heute die beiden Krankenwärter Herrmann Glatt und Bruno Schlag deren Verhaftung Anfang April erfolgte, weil der Verdacht nahe lag, daß sie im Charlottenburger Krankenhause, wo sie beschäftigt wurden, einen Kranken, den Arbeiter Burcinski, während eines Tobsuchts-Anfalles zum Zwecke der „Beruhigung“ erwürgt hätten. Die eingeleitete Untersuchung scheint schwere Belastungsmomente nicht ergeben zu haben; dem Vernehmen nach haben sich auch die medizinischen Sachverständigen in ihrem Gutachten dahin ausgesprochen, daß der Tod des Verletzten keineswegs eine Folge etwaiger Mißhandlungen gewesen sei. Wenn überhaupt eine Anklage gegen die beiden Wärter erhoben werden sollte, so wird sich dieselbe nur auf das Delikt der Mißhandlung stützen.

**Wegen öffentlicher Beamteneibildigung** hatte sich vor dem Rixdorfer Schöffengericht der Brunnenmachermeister Karl Friedrich Wilhelm Glasmann zu verantworten. Der Gemeindevorsteher Wilhelm Lorenz hatte im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde darüber Nachforschungen einzuziehen, ob Glasmann in den Jahren 1875-76 gebaut habe. Lorenz berichtete, daß dies der Fall gewesen sei und Glasmann die betreffenden Häuser verkauft habe. Dies war nach den Angaben des Glasmann gänzlich unrichtig. Als er nach einigen Tagen den Gemeindevorsteher in einem Lokal traf, machte Glasmann demselben über die erteilte unrichtige Auskunft heftige Vorwürfe, worauf Lorenz erwidert haben soll: „Quatschen Sie mich nicht an, ich bin Beamter!“ Hierüber aufs höchste aufgebracht, erklärte Glasmann, er sei ein Lump, Plunder etc., den er aus der Stellung bringen werde, denn durch die falsche Auskunft habe er nur Geld verdienen wollen. Lorenz erstattete dieserhalb Anzeige. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Wochen Gefängniß, der Gerichtshof verurtheilte jedoch die Erregtheit des Angeklagten und erkannte auf 100 M. Geldstrafe, event. 20 Tage Gefängniß und Publication in den Ortsblättern.

**Das Muster eines Ehemannes, wie er nicht sein soll,** ist der angeklagte Arbeiter Albert Heinrich Bär, der sich gestern vor dem Rixdorfer Schöffengericht wegen Mißhandlung seiner Ehefrau zu verantworten hatte. Bär, der den größten Theil seines Lebens im Zuchthaus und Gefängniß zugebracht hat, geht schon seit Jahren jeder Arbeit geflissentlich aus dem Wege, sobald seiner Frau allein es obliegt, den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen. Trotzdem wird der saubere Ehemann überhaupt nicht mehr wüthern und wenn er heimkehrt, mißhandelt er seine Frau. Am 20. April d. J. kam es wieder zu einer solchen Familienzene, wobei Bär das bedauernde Weib derart mit Häften bearbeitete, daß die Schmerzen wochenlang anhielten. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der unverheiratete Patron eine empfindliche Strafe verdiene und verurtheilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängniß, ließ ihn auch sofort verhaften.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Hamburg, 8. Juli.** (Privattelegramm des „Vorwärts“). Von den Sechundstägigen, die heute morgen austrücken, wurden mittags sieben Mann, darunter ein Unteroffizier, im Mandor bei Woberg schlapp. Die hiesige Feuerweh holte dieselben per Wagen nach hier und bettete sie auf die Hauptfeuerwache, wo sie in ärztliche Behandlung genommen wurden. Die meisten von ihnen haben geschwollene Häse.

**Stuttgart, 8. Juli.** (W. Z. B.) Eine Benzintexplosion im Keller des Hauses Caloverstr. 20 demolirte einen Nordwaarenladen, zertrümmerte alle Schaufenster desselben und warf die Haupttür auf das Geleise der Straßenbahn. Ein Dienstmädchen und ein Knabe erlitten tödtliche Verletzungen; der Besitzer und seine Frau, sowie ein Knabe erlitten gleichfalls bedeutende Brandwunden. Ein eben vorübergehender Herr wurde zu Boden geschleudert, blieb aber unverletzt. Die Feuerweh besetzte die Hauptgefahr nach einstündiger Arbeit.

**Rom, 8. Juli.** (W. Z. B.) In Pistoja wurde heute früh 3 Uhr 5 Min. ein Erdbeben verspürt. Weitere, weniger heftige Erdstöße wurden gegen 6 Uhr früh auch in Piteccio, Piastre, Praccia, Montale und Prato bemerkt.

**Kairo, 8. Juli.** (W. Z. B.) Insgesamt sind gestern 377 weitere Erkrankungen und 278 Todesfälle an Cholera gemeldet worden; davon entfallen 7 bezw. 3 Fälle auf Alexandria, 8 bezw. 5 Fälle auf Kairo, 32 bezw. 17 Fälle auf die ägyptische Armee in Wady-Halfa. In der britischen Armee in Wady-Halfa sind bisher 5 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

**Yokohama, 8. Juli.** (W. Z. B.) In den Präfekturen Toyama und Shiga an der Westküste von Japan sind verheerende Ueberschwemmungen eingetreten. Im Bezirk Toyama allein sind an 3000 Häuser zerstört. Der Verlust an Menschenleben ist noch nicht festgestellt.

### Lokales.

Die letzte Nummer des „Wahren Jakob“ ist einen Tag später als sonst üblich erschienen. Dafür ist das Witzblatt diesmal ganz besonders gut geraten.

Den Lokalkommissionen zur Nachricht, daß die nächste Lokalliste für Berlin und dessen Umgebung am 12. Juli erscheint. Neuaufnahmen und Änderungen müssen bis spätestens heute an den Unterzeichneten eingesandt werden. Genaue Angaben der Adressen und Ortlichkeiten ist dringend erforderlich. Alle Briefschaften und Anfragen in Lokal-Angelegenheiten sind zu richten an Karl Schöler, Berlin SO, Brangelstr. 32 v. part.

Das Lokal zum Waldkater, Tegeler Weg, an der Jungfernhaid, steht der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung. Die Lokalkommission von Charlottenburg.

Auf das große Volksfest im Schlosspark zu Weihenau, das die Parteigenossen des 5. und 6. Reichstags-Wahlkreises für Sonntag, den 12. Juli, vorbereiten, wollen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam machen. Während die Zeitung des bühnenkünstlerischen Teiles des Programms, der in halbständlichen Aufführungen des Schauspiel „Weltensende“ im Theateraal und einem Zyklus von acht humoristisch-satirischen Gegenwartsbildern in der Singpielhalle besteht, den Genossen Lark und Scävola übertragen ist, werden etwa 500 Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes, sowie zwei zickel 40 Mann starke Kapellen von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner für die gefangliche und musikalische Unterhaltung der Genossen Sorge tragen. Außerdem finden für die Jugend Belustigungen und Kinderspiele im Freien statt, ferner Verloofung von Büchern und Bildern, Vorführungen eines Schwimmklubs und Radfahrervereins, Ball im großen Tanzsaal, großes Feuerwerk auf dem Wasser, Illumination des Sees, über den zum Schluß der als lebendes Bild dargestellte „Siegeszug der Arbeit“ in feenhafter Beleuchtung dahin fahren wird. Die ganze Veranstaltung verspricht ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes zu werden.

Die Parteigenossen und Genossinnen von Nizdorf werden nochmals auf die heute in den Viktoriasälen, Hermannstraße 48-50, stattfindende Vollversammlung aufmerksam gemacht. Die Einberufung.

Uit Euch, die Fenster zu verhängen! Es wird noch erinnert sein, daß die Frau unseres Parteigenossen Silber Schmidt am 25. Mai eine Art polizeilicher Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen mußte, die mit einem großen Beamtenaufwand arrangiert, den Zweck haben sollte, eine geheime Versammlung in der Wohnung unseres Parteigenossen aufzuklären. Silber Schmidt, der sich an dem denkwürdigen Nachmittage gar nicht in seinem Heim befand, richtete wegen der Belästigung eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten und erhielt darauf folgende Antwort:

Auf die Beschwerde vom 28. Mai d. J. eröffne ich Ihnen folgendes: Am 25. Mai, nachmittags, ist dem Vorkrieger des 73. Polizeiregiments von einer Person, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln er keine Veranlassung hatte, gemeldet worden, daß eine große Anzahl männlicher Personen in Gruppen von 3-5, theils zu Fuß, theils mittels Droschke sich nach dem Hause Kilmstr. 25 begeben und den rechten Seitensitzel, in dem sich Ihre Wohnung befindet, betreten hätten. Da diese Personen ihrem Verhalten nach in dem Hause fremd waren und die Fenster Ihrer Wohnung durch Jalousien und Gardinen verhängt waren, nahm der Reviervorsteher an, daß bei Ihnen eine nicht angemeldete Versammlung zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten abgehalten werde. Um sich pflichtmäßig davon zu überzeugen, ob ein Verstoß gegen §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes vorliege und um in diesem Falle die Theilnehmer der Versammlung festzustellen, hat der Beamte sich mit der erforderlichen Anzahl von Schutzmännern nach Ihrer Wohnung begeben und die einzelnen Räume derselben mit Genehmigung Ihrer allein anwesenden Ehefrau besichtigt. Mit anderen Bewohnern des Hauses sind die Beamten nicht in Verbindung getreten. Hiernach vermag ich Ihre Beschwerde für begründet nicht zu erachten. Der Polizeipräsident v. Windheim.

Nach diesem Bescheid können somit Geburtsstage, Hochzeiten und sonstige Vergnügenslichkeiten, zu welchen eine größere Anzahl von Personen in Gruppen von drei bis vier, theils zu Fuß, theils mittels Droschke erscheinen, in den Verdacht geraten, als nicht angemeldete Versammlung angesehen zu werden. Ob diese feste in der eigenen Wohnung oder in der eines Nachbarn stattfindend, wäre gleichgültig. Es war in diesem Falle für die Behörde bedenklich, daß die Jalousien und Gardinen in der Wohnung herunter gelassen waren, und dieses ein weiterer Grund, eine polizeiliche Observation und Hausdurchsuchung vorzunehmen. Wer sich als Staatsbürger daher vor einem Schutzmannsaufgebot in Höhe von 20 Mann und darüber hüten will, der versäume nicht, verdächtige Erscheinungen der bezeichneten Art möglichst zu vermeiden. Denn nur so kann die Autorität des kostbaren preussischen Vereinsgesetzes aufrecht erhalten und ein Konflikt mit demselben vermieden werden. Dann aber noch eine Frage: Es steht fest, daß an dem betreffenden Tage weder einzelne noch mehrere fremde Personen in der Wohnung Silber Schmidts waren. Die Annahme liegt also nahe, daß die „glaubwürdige Person“ entweder die Polizei angeschwindelt oder sich doch schwer geirrt hat. Hat die Polizei nun auch in dieser Richtung Erhebungen gepflogen oder hält man das nicht für notwendig, etwa weil es sich in dem Behauptungen um „amtlich-bekanntem Sozialdemokraten“ handelte?

Unser Genosse wird sich hoffentlich mit der Antwort des Herrn v. Windheim nicht zufrieden geben, sondern seine Beschwerde durch alle Instanzen führen. Bis auf weiteres sind auch Sozialdemokraten noch Staatsbürger und ihre Wohnungen keine Laubenschläge.

Die gemischte Deputation für das Verkehrswesen hat gestern unter Vorsitz des Stadtsyndikus Meubrin eine Sitzung abgehalten, in welcher die Verhandlungen über die Vertragsverbindung mit der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft wegen Umwandlung ihrer Linien in elektrischen Betrieb zu Ende geführt wurden. Auch diesmal ist Antisemitismus dekretiert worden.

Sie wollen sich weiter niederknallen. Quelle in den Hoffkreisen werden bereits wieder in Aussicht gestellt. Zum Fall Koge erscheint in Tagen bei Herrn Niesel u. Co. eine neue Broschüre, in welcher der Urheber der anonymen Briefe, wozu auch nicht mit Namen, so doch deutlich genug gekennzeichnet wird. Wie der „Vol.-Anz.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, steht die Familie v. Koge selbst der Veröffentlichung dieser Broschüre vollständig fern. Zugleich wird jedoch mit Bezug auf eine Notiz der Broschüre, weitere Quelle betreffend, mitgeteilt, daß der Verfasser mit dieser Angabe die Stimmung wiederzugeben habe, welche in dem Jeromonienmeister von Koge nachstehenden Kreisen herrscht. Jene Stelle in der Broschüre lautet: „Die Angelegenheit ist durch den Tod Herrn v. Schraders

noch nicht zum Austrage gebracht worden. Die Parteien stehen sich unverföhnt und unverföhlich gegenüber. Es ist nur eine Frage der Zeit und der größeren Geschwindigkeit im Pistolen-schießen, ob und wann dieser oder jener von den Gegnern Herrn von Koge's oder dieser selbst auf dem Kampfbahne bleibt. Selbst nach dem Tode Herrn v. Koge's könnte es sich ereignen, daß seine nächsten Verwandten die Blutsfehde weiter aufnehmen. Die Familie von Koge will eine unbedingte Genugthuung für die schwere Beleidigung, die ihr zugefügt wurde, erlangen.“ Also nur lustig darauf los geschossen. Dieser unmähigen Gesellschaft wird das arbeitende Volk sogar noch das Pulver gratis liefern, wenn nur der Erfolg verbürgt wird.

Leichfertigkeit der Arbeiter. Wie im Baugewerbe soll auch in der Holzbearbeitungs-Industrie nach dem für 1895 erstatteten Jahresbericht des Regierungs- und Gewerbe-Raths zu Frankfurt a. O. die große Zahl der schweren Unfälle ihren Hauptgrund in der „geradezu kräftlich leichfertigen Weise“ haben, in welcher sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer hinsichtlich der Holzbearbeitungs-maschinen verfahren. In keinem anderen Industriezweige halte es so schwer, wie in der Holzbearbeitungsbranche, Arbeitgeber und Arbeiter zur Anbringung und steten Benutzung auch nur der allernothwendigsten Schutzvorrichtungen zu bewegen, und doch seien es gerade die überaus schnell gehenden Sägen, Fräs- und Hobelmaschinen, welche die schwersten Verletzungen verursachen. — Der Gewerbe-Inspektor sollte doch wissen, daß es meistens die heutige Art der Akkordarbeit ist, welche bei den üblichen auf das äußerste gedrückten Lohnsätzen den Arbeiter zwingt, Leben und Gesundheit außer Acht zu lassen, damit genügend Geld zum Sattessen verdient werde. Sowie es den Arbeitern in ihrem Kampfe gegen das heutige System gelangen ist, der Regierung und den Unternehmern zum Trotz ihren Organisationen die gebührende Geltung zu verschaffen, werden die Ausgebeuteten darüber belehrt werden, daß der moderne „Fleiß“ bei der Arbeit vielentheil in hohem Grade unfittlich ist und daß es sich gebührt, durch Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit die traurige Wahrheit des Spruches zu bezeugen, daß Akkordarbeit Mordarbeit ist. Dann wird auch den unangebrachten Klagen der Fabrikinspektoren über die „Leichfertigkeit“ der Arbeiter jeglicher Boden entzogen werden.

Von der Reichspostbürokratie. Vor das Reichs-Postamt ist eine Beschwerde gebracht, die auch weitere Kreise interessieren dürfte: Einem mit einer 3-Pfg.-Marke als Drucksache frankierten Rundschreiben einer hiesigen Luxus-Papierfabrik hatte diese eine Karte beigelegt, welche Firma und Adresse der Fabrik trug. Hierbei war der Name der Firma in Chromodruck von einigen Blumen begrenzt. Nachdem mehrere Hunderte dieser Rundschreiben anstandslos von der Post befördert worden waren, wurde dem Versender eine größere Zahl dieser Druckschriften mit dem Bemerkten wieder zugestellt, daß die beigelegte Firmenkarte durch die daraus befindliche Lithographie sich als „Waarenprobe“ kennzeichnen und demgemäß mit 10 Pf. zu frankieren sei. Unter Vorlage von Proben ist die Entscheidung des Reichs-Postamts angufen worden. Ob dieses die Ansicht des Postamts-Vorstehers theilt oder nicht, ist von hohem Interesse für das gesamte graphische Gewerbe. Denn wird die Auffassung des Postamts als richtig befunden, so kann jedes Erzeugniß einer graphischen Anstalt, wie die „Papier-Zeitung“ auch betrieht, falls es die Firma der Fabrik trägt, als Waarenprobe gelten.

Eine Ordnungskommission der Berliner Radfahrer will die allgemeine Radfahrer-Liunion aus Anlaß der Ausschreitungen gründen, die von Radfahrern begangen worden sind. Die Kommission soll ihr Hauptaugenmerk nicht darauf richten, Radfahrer anzuzeigen, die einmal eine verbotene Straße befahren, sondern sie soll Belästigungen des Publikums und Gefährdungen des Verkehrs vorbeugen und Ausschreitungen zur Anzeige bringen. Die Kommission soll sofort ins Leben treten, wenn der Polizeipräsident seine Genehmigung dazu giebt. Dagegen wird und kann der Polizeipräsident gar nichts einwenden; schwerlich wird er aber der Kommission die „gewissen polizeilichen Befugnisse“ überweisen, um die die Gründer nachgesucht haben sollen. Zu welchem Zwecke auch der Polizei ins Handwerk pfeifen?

Der jeden Mittwoch und Sonnabend zwischen Berlin und Köln verkehrende Schnellzug Nr. 2a wird vom 15. Juli ab nicht mehr um 10,10 vorm. vom Lehrter Bahnhof, sondern um 9,44 vorm. vom Schlesischen Bahnhof abgelaufen. Desgleichen wird der jeden Dienstag und Freitag zwischen Köln und Berlin verkehrende Schnellzug Nr. 1a vom 14. Juli ab nicht mehr um 8,15 nachm. auf dem Lehrter Bahnhof ankommen, sondern über die Stadtbahn geführt werden.

Städtische Heirathsvermittlung. Mit den „Besten der Nation“ muß es wirklich schlecht stehen, denn sie verlegen sich bereits auf das Geschäft der Heirathsvermittlung. Die erteilte „Staatsbürger-Zeitung“, die in ihrem redaktionellen Theile die Ansicht zu vertreten pflegt, daß nur jüdische Ehen durch Vermittler zu stande gebracht werden, bringt in ihrem Angeigenheil eine Empfehlung des „Institut de mariage“ der Gräfin von Salm, Wilhelmstraße 17. Für strenge Discretion bürgt das gräfliche Ehrenwort der Inhaberin.

Damen auf Deck. Das königliche Polizeipräsidium hat die Genehmigung erteilt, daß verheiratete auf verschiedenen nach Treptow fahrenden Pferdebahnstrecken Frauen auf den Verdeckchen der Wagen Platz nehmen dürfen. Das ist ein Fortschritt. Wie soll nun aber etwa ein Wipfling des Versuchs konstatirt werden?

Im Apollotheater ist das Juliprogramm mit vielseitigem Geschick zusammengestellt. Großen Beifall fanden die Appolons, drei Kragentanz, die mit Hundertpundgewichten umherwarfen, als ob es Apfelsinen wären. Mit vieltem Temperament traten die russischen Sänginnen Wschinskaja auf, wenn sie auf ihrem Gebiete auch nicht gerade neues brachten. Zu den berühmten Künstlern, welche ihrem Publikum durch Vielseitigkeit der Stimmen unstreitig Erfolge abnötigen, gehört der Damenkomiker Larcanti, der Sopran und Bass gleich mächtig beherrscht. Neugebügelt ging die Posse „Ein Abenteuer im Havem“ in Szene; die vielen Ausstattungsstücke wurden, ob gut oder schlecht, immer jubelnd angenommen. Aus der reichhaltigen Zahl komischer Nummern verdienen die Lieder der Deltorells Erwähnung.

Die Mutter mit dem Säugling, über deren Verhaftung wir am Sonntag berichteten, ist von der königlichen Inspektion des Gefängnisses in der Barnimstraße wieder in Freiheit gesetzt worden, und zwar auf Grund des am 3. Juli von dem ersten Staatsanwalt am Landgericht II ausgestellten Schriftstückes. Dat um auch die Gefängnisinspektion das Schreiben nicht beanstandet, so doch ein Beamter des 60. Polizeireviers. Der letztere zweifelte die Echtheit des Schriftstückes an und erklärte; Sie wird eingeliefert mit dem Säugling. Gegen diesen Beamten will die Frau wegen Beleidigung klagen werden.

Spaziergänge in die Umgegend Berlins, namentlich in der Nähe von Getreidefeldern sind, wie berichtet wird, gegen

wärtig in der Abendzeit nicht rätlich; das Getreide dient Strochen als Schlupfwinkel und einzelne Spaziergänger können da unliebsame Ueberraschungen erfahren. Nach der Meinung unserer Vorortbewohner ist diese Unsicherheit seit Jahren nicht so groß gewesen wie in diesem Sommer. Finden denn zur Zeit so viele Arbeiterversammlungen statt, welche die Sicherheitsbeamten überwachen müssen?

Selbstmord eines Briefträgers. Der bei dem Postamt 27 (Blumenstraße 64a/65) beschäftigte Briefträger Schubert, welcher seit dem 2. d. M. vermißt wird, ist in der Spree bei Sadowa als Leiche gefunden worden. Er trug noch seine Uniform und Papiere bei sich. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Schubert war sehr verschuldet, und das dürfte der Anlaß zum Selbstmord gewesen sein. Von ihm etwa begangene Unregelmäßigkeiten sind nicht bekannt geworden.

Zu den offenen Sommerwagen der Siemens und Halske'schen Bahnen sind seit einigen Tagen Palate angebracht, welche folgende Aufschrift zeigen: „Das Rauchen auf den in der Fahrtrichtung vorderen drei Bänken des Wageninnern ist verboten.“ Dieses eigenartige Rauchverbot in den zu solchem Zweck selbst von der Polizei freigegebenen Wagen ist auf die Beschwerde einiger Damen zurückzuführen, welche sich durch den Zigarettenrauch von den vorderen Bänken belästigt fühlten.

Verhaftung worden ist die Leiche des 80 Jahre alten Kriminalschyrmanns Albert Berndt, der in seiner Wohnung in der Waldenserstr. 41 von einem Antisemiten todt aufgefunden wurde. Durch gerichtsarztliche Leichendöffnung soll die Todesursache festgestellt werden.

Ein Schwindler ist zur Haft gebracht, der dadurch Betrügereien verübte, daß er unter dem Vorgeben, er beabsichtige ein Berliner Taschen-Reisebuch herauszugeben, Abonnenten sammelte und sie zur Hergabe einer Geldsumme bewog, wofür die Aufnahme von Anzeigen in das Adressbuch erfolgen sollte. Das Buch ist nie erschienen, da es dem Betrüger nur um die Geldbeträge zu thun war; er ist wegen desselben Schwindels schon zweimal verurtheilt. Personen, die durch den Gauner seit Juni v. J. geschädigt sind, wollen sich in den Vormittagsstunden 9-1 Uhr im Polizeipräsidial-Gebäude, Zimmer 248, II. Stock, melden.

Vor dem Hause Schiffbauerdamm 87 hat sich in der Nacht zum Mittwoch das Dienstmädchen Minna S. in die Spree gestürzt. Sie wurde aber gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Stellunglosigkeit und verknüchte Liebe sollen die Ursache des Selbstmordversuchs gewesen sein.

Ein böser Verdacht knüpft sich an das Verschwinden des 13 Jahre alten Schulmädchens Anna Pluthwedel, deren Eltern in einem Laden des Hauses Kirchbachstraße 18 ein Mehl- und Vorkostgeschäft betreiben. Als die Eltern mit den übrigen Kindern am Sonntag Nachmittag 8 Uhr einen Friedhof besuchten, erhielt Anna die Erlaubniß, einen Onkel in Schöneberg aufzusuchen. Dort ist die Kleine nicht angekommen. Alle Nachforschungen der Eltern in Berlin und in den westlichen Vororten der Hauptstadt haben nicht die geringste Spur von dem Verbleib des Kindes erbracht. Die Eltern glauben daher, daß ihre Tochter in schlechte Hände geraten sei, zumal, da ihnen, falls ein Unfall oder ein Verbrechen vorliege, schon Nachricht zugegangen sein müßte.

Polizeibericht vom 8. Juli. Der bei dem Neubau des Reichspostamts beschäftigte Maurer Pfeiffer fiel aus dem zweiten Stock in den ersten Stock hinunter und erlitt einen schweren Bruch des rechten Oberarmes. — Nachmittags lief in der Bernauer Straße die 8 Jahre alte Tochter des Kaufmanns Rüggebrecht unter einen Geschäftswagen, der ihr quer über den Weg fuhr und sie innerlich so schwer verletzte, daß sie auf ärztliche Anordnung in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. — Während der Stellmacherlehrling Köppling an dem Brunnen vor dem Hause Bernauerstraße 19 seinen vor einen Handwagen gespannten Hund trankte, fuhr der Kutscher eines Modewagens aus Unachtsamkeit derartig gegen den Handwagen, daß dieser den Köppling in den Rücken stieß und ihm anscheinend innere Verletzungen zufügte. Der Lehrling mußte mittelst Droschke nach der Charité gebracht werden. — Heute nacht sprang das 21 Jahre alte Dienstmädchen Minna Saltewich aus unermittelt gebliebener Veranlassung am Schiffbauerdamm in die Spree, wurde aber noch lebend wieder herausgezogen und in die Charité gebracht. — Heute früh fiel die 78 Jahre alte Händlerin Wittwe Deite von einem Wagen, auf dem sie zum Zwecke des Gemüse-Einkaufs gesessen war, infolge des plötzlichen Anhaltens der Pferde herunter, gerieth mit dem linken Arm unter ein Rad und erlitt einen Armbruch. — Bei zwei von den beihilfigen Polizeirevieren heute Nacht im Thiergarten vorgenommenen Streifen wurden im ganzen dreizehn Personen aufgegriffen, von denen sieben, da sie obdachlos waren, eingeliefert wurden. — In der Linienstraße fuhr der Kutscher der Droschke Nr. 7207, die in übermäßig schneller Gangart aus der Rosenhallerstraße gefahren kam, derartig gegen einen mit Holz beladenen Arbeitswagen an, daß sich sein Pferd rücklings überschlug und sich nicht unerheblich am Kopf verletzte. Personen sind nicht verunglückt.

### Witterungsüberblick vom 8. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° = 49° F.)
Swinemünde	762	SB	1	heiter	19
Hamburg	762	SB	1	wolkenlos	19
Berlin	762	SB	1	wolkenlos	19
Miesbaden	760	Stil	—	bedeckt	19
München	764	Stil	2	heiter	20
Wien	763	Stil	—	wolkenlos	18
Papantanda	764	O	2	wolkig	18
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	768	S	4	bedeckt	14
Aberdeen	762	O	2	wolkig	12
Paris	761	Stil	—	wolkenlos	22

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 9. Juli 1896. Warmes, vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung. Berliner Wetterbureau.

### Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Eröffnung der astronomischen Ausstellung des Riesenerntrohres wird am kommenden Sonntag stattfinden. In der Ausstellung werden neben photographischen Aufnahmen der Sternwarten aller Kulturländer auch astronomische Instrumente, Riesenspiegel zur Schau gelangen. Der Eintrittspreis zu der Ausstellung, in welcher halbständig je ein kurzer Vortrag gehalten werden soll, ist auf 25 Pf. festgesetzt, für welchen Betrag

auch die Beschäftigung des Fernrohres selbst stattfinden kann. Das Fernrohr selbst wird voraussichtlich noch im Laufe d. M. fertiggestellt werden.

**Das Vorgehen des Amtsvorstehers von Trepow.** Hoffmann, gegen einige Restaurateure von „Alt-Berlin“ wird demnach den Ausgangspunkt einer interessanten Schadensersatz-Klage bilden. Zwei Restaurateure, die in „Alt-Berlin“ den Bierauschank betrieben, hatten zur Unterhaltung ihrer Gäste Klavier- und Geigenspieler gehalten. Der Amtsvorsteher von Trepow untersagte ihnen diese Musik, da sie keine Konzession dazu hätten und erlich gegen die betreffenden, die den Amtsvorsteher zu einer solchen Maßregel nicht für berechtigt hielten, Strafwandate. Gegen diese erhob Rechtsanwalt Leopold Meyer Einspruch und wandte sich an den Landrat Stübner, dem er nahe legte, daß das Verfahren des Amtsvorstehers nicht den Gesetzen entspreche, da die gewerbemäßige Veranstaltung von Instrumentalmusik nicht konzessionspflichtig sei. Der Bescheid des Landrats fiel ablehnend aus; er wies besonders darauf hin, daß die Ober-Präsidentenverordnung vom 11. Dezember 1879 die Instrumentalmusik ohne polizeiliche Erlaubnis untersage. Hiergegen wurde der Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten betreten; ehe aber dieser noch erledigt war, ging der Amtsvorsteher auf eigene Faust energisch vor: er schickte einen Oberwachmeister mit einer Verhaftung zu den betreffenden Restaurateuren, Inhabern dessen sie sofort das Klavierspiel zu unterlassen und das Lokal zu schließen ließen. Die Schließung erfolgte dann auch wirklich. Rechtsanwalt Leopold Meyer wandte sich nun mit einer Beschwerde direkt an den Minister des Innern und führt darin nachmals aus, daß das Verfahren des Amtsvorstehers den Gesetzen nicht entspreche. Der Minister des Innern hat dem auch schleunige Abhilfe geschafft und den betreffenden Restaurateuren ist auf Anweisung des Landrats der Betrieb des Bierauschanks unter den bisherigen Verhältnissen wieder freigegeben worden. — Die betreffenden Gastwirthe behaupten, daß jeder Tag Stillstand ihrer Geschäfte ihnen unabwehrlichen Verlust verursacht habe und wollen nunmehr den Amtsvorsteher für ihren ziemlich bedeutenden Schaden regresspflichtig machen.

**Verrückterklärung und Beschimpfungen** fordern Zahl wurden am Dienstag in einer bei Keller abgehaltenen Versammlung der freilebenden Maschinenaussteller gegen die nicht mehr unter der „Tyrannei der Organisation“ stehenden Arbeiter — pardon — gegen denjenigen Teil der Arbeiter laut, der sich zwar anfangs für den Ausbruch erklärt, nachher aber schände den Streik gebrochen hatte. Wenn die Staatsanwaltschaft in diesem Falle einmal nicht nach dem Rezept des großen Rechtslehrers Terenz und seines berühmten Interpreten Schönfeldt handeln wollte, so würde es gegen die „Answiegler“ und „Nadelsticker“ in der Maschinenhalle gar manches Jahr Gelängnis sein. Diese Herren sind übrigens trotz allem Rabau schließlich selber schände zu Kreuze gezogen. Nachdem der Gruppenvorstand Direktor Kohler sich dazu bereit erklärt hatte, mit aller Energie die Forderungen der Arbeiter in der Maschinenhalle zu unterstützen, wurde von der Versammlung folgende Resolution des Fabrikanten Pregel einstimmig angenommen: „Die am 7. Juli tagende Versammlung der Gruppen XIII. und XIV. beschließt, daß sie an ihrer berechtigten Forderung des vollständigen Eingangs (Portal VI.) zur Maschinenhalle festhält. In Rücksicht darauf, daß der Ausschuss sich auf die Unmöglichkeit beruft, einen mit Raffen versehenen Eingang am Portal VI. zu eröffnen, soll morgen, den 8. Juli, die Verdeckung der Ausstellungsgegenstände bis zum 25. Juli zurückgezogen werden. Gleichzeitig sollen direkte Verhandlungen mit dem Amtsvorsteher in Trepow vorgenommen werden. Der bisherigen Kommission, besonders Herrn Kärgel, spricht die Versammlung ihr besonderes Vertrauen aus. Die verpflichtenden Unterschriften behalten ihre Gültigkeit bis auf weiteres.“

**Die in dem Hundebureau der Gewerbe-Ausstellung** abgegebenen Taschenuhren sind auffälligerweise ausschließlich Damenuhren. Diese eigenartige Erscheinung ist wohl jedenfalls auf die gegenwärtig so beliebte Mode des offenen Tragens der Uhr an einer Kette zurückzuführen, durch welche nicht nur die Möglichkeit eines Verlustes gefördert, sondern auch den Langfingern bequeme Gelegenheit gegeben wird, im Gedränge „ihrem Beruf“ nachzugehen. Daß die Käufer diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, geht wohl daraus hervor, daß der größte Teil der verloren gemeldeten Uhren überhaupt nicht gefunden wird.

Nach einer längeren Ruhepause ist die Tätigkeit der Feuerwehre in der Ausstellung gestern Nachmittag wieder für längere Zeit in Anspruch genommen worden. Die Bedachung eines Restaurants der Alpenwiese war gegen 3 Uhr nachmittags in Brand geraten, doch wurde dieser schnell gelöscht, ehe er einen größeren Umfang annehmen konnte.

## Kunst und Wissenschaft.

**Schiller-Theater.** Nach gütlichen Uebereinkommen mit der Direktion ist Fräulein Meta Illing aus dem Verbanne des Schiller-Theaters ausgeschieden. — In der nunmehr für morgen angelegten Erstaufführung von Elsa v. Schabell's Satire: „Die Frauenfrage“ sind außer den neu engagierten Damen Fräulein Gabri, Frau Friele, Fräulein Schmidt, in Hauptrollen beschäftigt die Damen Veremann, Berner und die Herren Winterstein, Pahlau, Laurence.

**Pariser Welt-Ausstellung 1900.** Der deutsche Botschafter Graf Münster teilte der französischen Regierung mit, daß Deutschland sich an der Welt-Ausstellung im Jahre 1900 beteiligen werde.

Die erste Jenseit, und zwar eine gute, hat jetzt eine an der Berliner Universität studierende Frau erhalten. An den Übungen des staatswissenschaftlichen Seminars nahm im letzten Jahr zum ersten Mal eine Dame, eine Polin, teil, welche in Zürich den philosophischen Dokortitel im Fach der Nationalökonomie erworben hatte. Der Rektor Geh. Rath Wagner erklärt nun in seinem Jahresbericht: „Ich kann mich über die hierbei gemachten Erfahrungen nur in hohem Grade befriedigend äußern.“

Der Bildhauer Professor Erdmann Enke ist in der Nacht zum Mittwoch in Neu-Babelsberg gestorben. Der Künstler hat das Jahr-Denkmal in der Hasenheide und das Denkmal von Breußens sog. gutem Engel, wie unsere Patrioten die Königin Luise zu nennen beliebten, im Thiergarten hergestellt.

In Meran verstarb am 29. Juni nach langer Krankheit, erst 38 Jahre alt, Dr. Emanuel Hans Say, Professor der Nationalökonomie an der Wiener Hochschule für Bodenkultur. Say war von den jüngeren Nationalökonomien, der sogenannten kathechrischen Schule, einer der bestbegabtesten und tüchtigsten. Herangebildet an dem gründlichen Studium der klassischen Ökonomie und den Schriften von Karl Marx machte er sich dann mit den Methoden und dem Handwerkszeug der sozialen Statistik gründlich vertraut. Sein aufsehensmachendes Werk „Die Hausindustrie in Thüringen“ ist direkt von Engels' „Lage der arbeitenden Klassen in England“ angeregt. Die Wahrheitsliebe und glänzende Form sind die Vorzüge des Buches. Als Kongress der Wiener Handelskammer verfasste er den ersten breitangelegten statistischen fünfjährigen Bericht. Noch während dieser Arbeit packte ihn die Krankheit, Lungentuberkulose, um ihn arbeitsunfähig zu machen. Nach sechs oder Jahre lang davon, und daß er seine Qualen mit stoischer Feinheit getragen, davon geben einige Bändchen lyrischer Gedichte Zeugnis. Männer wie

Say, die den nationalökonomischen Problemen vorurteilslos gegenüberstehen, werden immer seltener unter den Dozenten auf den Hochschulen. —

## Versammlungen.

**Ueber den Streit der selbständigen Mägenmacher** wurde in einer am Mittwoch Vormittag im Schützenhaus tagenden Versammlung folgendes berichtet. Bisher haben 98 Selbständige die Arbeit niedergelegt. Diese beschäftigten 69 Gesellen und 285 Wamsells und Stepperinnen. 10 Selbständige mit 40 Arbeitern und Arbeiterinnen würden noch im Laufe der Woche an dem Streik teilnehmen. Etwa 30 Mägenmacher, die aber nur allein oder mit der Frau zusammen arbeiten, haben sich der Bewegung bisher noch nicht angeschlossen. Man könne demnach die Situation als günstig bezeichnen, da der Ausstand gerade die größten und maßgebendsten Verhältnisse betreffe. Da in einigen Tagen auch der größte Teil der Arbeiter von der Firma Scheu u. Herz die Arbeit niederlegen wollen, so wäre Aussicht vorhanden, daß die Bewegung in kurzer Zeit entschieden wird. Ferner wurde noch betont, daß die Kollegen auch bei solchen Fabrikanten, welche die Forderungen anerkennen, die Arbeit ruhen lassen sollen, da sonst eine Kontrolle nicht gut möglich sei, weil die Selbständigen meistens für mehrere Geschäfte arbeiten. Eine eingehende Debatte entspann sich über die Frage, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Werkstätten der Fabrikanten arbeiten und die geforderten Löhne erhalten, weiter arbeiten dürfen, obwohl die für dieselben Geschäfte arbeitenden Selbständigen streiken. Es wurde hervorgehoben, daß die gegenwärtige Bewegung eine solche der Selbständigen, aber nicht eine der Arbeiter sei; letztere hätten keine Forderungen zu stellen. Demgemäß müsse man es den Arbeitern und Arbeiterinnen überlassen, wie sie sich in in jedem einzelnen Falle entscheiden wollen. Verpflichtet könnten sie nicht zur Arbeitsniederlegung werden. Die Versammlung erklärte sich durch Annahme einer Resolution für strenge Durchführung des Streiks. Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag, der die Selbständigen verpflichtet, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen anzuerkennen.

**Im Arbeitervertreter-Verein** wurde am Dienstag der Jahresbericht des Vorstandes erstattet, aus dem hervorzugehen ist, daß sich die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1896 76 betrug, auf 136 vermehrt hat. Der bisherige Vorstand wurde darauf für das laufende Vereinsjahr wiedergewählt. Derselbe besteht aus folgenden Personen: Simanowski, 1. Vorsitzender; Dähne, 2. Vorsitzender; Behmann, 1. Kassierer; Püschel, 2. Kassierer; Siegelmeier, 1. Schriftführer; Warnst, 2. Schriftführer; Bader, Archivar. Zu Neujoisten wurden Schäfer, Buchholz und Keimann bestimmt. Das Hauptinteresse der Versammlung konzentrierte sich auf einen Vortrag des praktischen Arztes Dr. Friedberg über die vom Verein zum roten Kreuz am Grabow-See bei Oranienburg errichtete Volkshilfsstätte für Augenranke. Man weiß jetzt — führte der Referent aus — daß die bisher für unheilbar gehaltene Lungenschwindsucht sicher zu heilen ist, wenn die Krankheit rechtzeitig als solche erkannt und entsprechend behandelt wird. Zur Heilung ist erforderlich, daß der Kranke aus seiner bisherigen Umgebung entfernt und in eine hygienisch-diätetische Behandlung genommen wird, d. h. daß dem Patienten gute Pflege und Ernährung zu teil wird, wodurch die Krankheit in ein Anfangsstadium sicher gebrückt werden kann. Da die Kuranstalten für Augenranke, welche bisher bestanden, ihrer hohen Kosten wegen nur den Gutstürkern zugänglich sind, so ist es mit Freuden zu begrüßen, daß die Anstalt am Grabow-See entstanden ist. „Am dem Bedürfnis nach derartigen Heilanstalten für die Arbeiterkreise, die ja ganz besonders unter der Lungenschwindsucht zu leiden haben, Rechnung zu tragen. Der Redner schildert die Einrichtung der Anstalt und kommt zu dem Schluß, daß dieselbe — allerdings nur während des Sommers — sehr wohl geeignet ist für den Aufenthalt des Lungenkranke, und daß dieselben bei längerem Aufenthalt, etwa von 2-3 Monaten, sehr günstige Heilerfolge davongetragen würden. Den Krankenfalls könne demnach eine Beschickung der Anstalt durch ihre Lungenkranke empfohlen werden. Wenn auch der Kostenpunkt — 3 Mark pro Patient und Tag — im Verhältnis zu dem Satz, den die Krankenhäuser für die Kasernenpatienten fordern, etwas hoch erscheine, so müsse man doch bedenken, daß bei der bisher üblichen Behandlung der Lungenkranke eine Heilung nicht erzielt werde, weshalb die betreffenden Kranken immer wieder auf längere oder längere Zeit in einem Krankenhaus aufgenommen werden müßten. Hierdurch erwachsen den Raffen zweifellos weit höhere Kosten, als wenn durch einen längeren Aufenthalt in der Anstalt am Grabow-See eine gründliche Heilung der Krankheit erzielt werde. Natürlich sei das nur bei leichter Fällen möglich. In schweren Fällen von Lungenschwindsucht sei eine Heilung ausgeschlossen. Um eine Herabsetzung des täglichen Kostenfußes von 3 Mark zu erreichen, empfiehlt der Referent den Raffenvorständen, bei der Verwaltung der Anstalt dahin vorzustellig zu werden. Nach den Ermüdungen des Redners betragen die Kosten, welche die Anstalt für Pflege und Ernährung der Patienten aufwendet pro Person und Tag 1,50 bis 1,65 M. Demnach kommen auf die Verwaltungskosten 1,25 bis 1,50 M. pro Tag. Das sei allerdings etwas hoch. Die Inanspruchnahme der Anstalt sei freilich noch schwach. Bei stärkerer Belegung würden sich natürlich die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Pflegekosten vermindern und letztere herabgesetzt werden können. Vielleicht könne auch ein Druck auf die Verwaltung der Anstalt ausgeübt werden, indem die Raffenvorstände einen spezialisierten Etat einfordern und an der Hand desselben ausrechnen, ob sich die Kosten nicht etwa vermindern ließen. Ferner sei den Raffen zu raten, genaue Aufstellungen zu machen über die Kosten, welche ihnen bisher aus Schwindsuchts-Erkrankungen und Todesfällen erwachsen sind. Es würde sich dann wohl herausstellen, daß die Behandlung der Lungenkranke in dieser Anstalt auch für die Raffen vorteilhaft ist. Die Diskussion über diesen Vortrag wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Webergesellen von Berlin und Umgegend waren von zweien ihrer Berufskollegen zum Montag Abend nach Heise's Lokal, Lichtenbergstr. 21, zu einer Besprechung über eine Lohnbewegung eingeladen worden. Die unbefreitbare Notwendigkeit zu diesem Schritt legte A. W. in Schuster in seinem einleitenden Referat klar. Aus dem spezialisierten Ueberblick über die Verhältnisse in der Weberei der letzten 15 bis 20 Jahre, die auf der einen Seite Millionen, auf der anderen Seite erschreckendes Elend geschaffen hat, sei hervorgehoben, daß in diesem Zeitabschnitt die Arbeitslöhne um 33 1/2 pCt. bis 50 pCt. heruntergegangen sind. Nicht Angebot und Nachfrage haben hier mehr Einwirkung auf die Arbeitslöhne, sondern der Preis der Produkte bestimmt dieselben. Angesichts solcher Verhältnisse sei zwar eine namhafte Lohnaufbesserung dringend geboten, doch sei ein Erfolg zweifelhaft. Einmal habe der Mangel an Geldmitteln einen Rückgang in der Organisation gezeitigt, dann halte die fehlende notwendige Bekleidung große Massen Berufsgenossen von Besuch der Versammlungen fern, außerdem sei das gewaltige Arbeitslosheer, welches gerade in der Weberei anzutreffen sei, mit in Betracht zu ziehen. Am gerathensten erscheine es, Einwirkung auf die maßgebenden Körperschaften zu erlangen, die hier ein geschicktes Eingreifen veranlassen müssen. Ein von den Innungen ausgearbeiteter Lohnlaris böte zwar keine wesentliche Lohnaufbesserung, habe aber den Vortheil, daß er nach Möglichkeit alle vorkommenden Spezies umfasse und eine einheitliche Bezahlung derselben anstrebe, während bei

dem gegenwärtigen Zahlungsmodus die Löhne für dasselbe Fabrikat um 25 pCt. und darüber hinaus differiren. In der Diskussion vertritt sich Schaffer seinen Erfolg von einer Lohnbewegung. Schulz, zweiter Obermeister der Innung, schildert die Schwierigkeiten, unter denen vor noch nicht Jahresfrist der Tarif zu Stande gekommen sei, hauptsächlich läge dies in der Mannigfaltigkeit der in Berlin vorkommenden Webergesellen. Zur Zeit zahle man nur drei Webergesellen die tarifmäßigen Löhne. Im allgemeinen halten sich die Löhne bis zu 50 pCt. unter dem Tarif. Der Redner richtete einen Appell an die Webergesellen, gemeinsam mit den Hauswebern bessere Zustände herbeizuführen zu helfen, und rief zum Anschluß an den Zentral-Verband deutscher Textil-Arbeiter. Die Versammlung beschloß durch einstimmige Zustimmung zu einer entsprechenden Resolution, darauf hinzuwirken, daß jeder einzelne Webergeselle sich dem deutschen Textilarbeiter-Verband anschließe. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die Agitations-Kommission der Berufsgenossen in nächster Zeit wiederum öffentliche Versammlungen mit gleicher Tagesordnung für Berlin sowie für die umliegenden Orte einberufen werde; nähere Bekanntgabe erfolge durch den „Vorwärts“.

Die Drechsler hielten am Montag im „Englischen Garten“ eine gut besuchte Versammlung ab, um über eine eventuelle im Herbst vorzunehmende Lohnbewegung zu beraten. Wie D. o. st. ausführte, hat die Tätigkeit der Agitations-Kommission den Erfolg gehabt, daß sich die Zahl der Verbandsmitglieder verdreifacht hat. Damit sei die Möglichkeit gegeben, in die Bewegung für eine Aufbesserung der Lohnverhältnisse einzutreten, deren elende Beschaffenheit durch die Werkstatt-Kontrollkommission festgestellt worden sei. Eine vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse einer neuerdings über die Löhne im Drechslergewerbe aufgenommenen Statistik habe ergeben, daß bei 52 1/2 stündiger wöchentlicher Arbeitszeit in Drechslerwerkstätten ein Durchschnittslohn von 21,85 M., in Tischlerwerkstätten ein solcher von 23,30 M. erzielt wird. Da sich erfahrungsmäßig an derartigen Ausnahmen nur die besser bezahlten Kollegen beteiligen, so sei dies Bild noch bei weitem günstiger, wie die tatsächlichen Verhältnisse, da ein sehr großer Teil der Drechsler noch weit unter 21 M. Wochenlohn verdienen. Die Kommission schloß deshalb vor, für die Lohnbewegung die Forderung von 21 M. Minimallohn und neunstündige Arbeitszeit zu stellen. Da diese Bedingungen für die in Tischlerwerkstätten arbeitenden Drechsler bereits durchgeführt sind, so beschränkte sich die bevorstehende Bewegung hauptsächlich auf die Drechslerwerkstätten. Der Vorsitzende der Versammlung, D. o. st., erklärte zunächst, daß er zwar unter dem Druck der Verhältnisse selbständiger Gewerbetreibender geworden sei, aber nach wie vor auf Seiten der Arbeiter stehe. Die Forderung von 21 M. Minimallohn wäre ja an sich nicht zu hoch, jedoch könne er versichern, daß die Bewegung ohne Resultat verlaufen werde, wenn man an dieser Forderung festhalte, zu deren Anerkennung sich ein großer Teil der Arbeitgeber unter keinen Umständen verstehen würde. Man möge erst die Drechsler besser organisieren und dann versuchen, die Forderungen durchzuführen. Die nachfolgenden Redner: Hermann, Kunze, Schotte, Lohmann, Zimmergut, Kanzius, Schulz und Richter traten den Ausführungen D. o. st. entgegen. Sie hielten die aufgestellten Forderungen für durchführbar und bestritten, daß die Organisation so schwach sei, wie es D. o. st. hingestellt hatte. Dieselbe habe in letzter Zeit bedeutend gewonnen. Man könne doch nicht warten, bis jeder einzelne Drechsler der Organisation beigetreten sei. Die Erfahrungen im Tischlerkreis hätten gezeigt, daß man für eine Lohnbewegung auch die Unorganisierten haben könne. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Forderung von 21 M. Minimallohn und eine 52 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit ausspricht. Hierauf nahm D. o. st., der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, das Wort und führte in längerer Rede aus, daß der Charakter dieser Versammlung nicht darauf hindeute, daß die angenommene Resolution auch durchgeführt werde. Wenn die Bewegung gelingen sollte, dann müßten die Drechsler von einem besseren Geist befeuert werden, auch sei eine Einwirkung auf die Kleinmeister, die ohne die Gesellen nicht vorgehen können, erforderlich. Wenn die Mehrheit der Drechsler wirklich für die aufgestellten Forderungen eintreten wolle und die Begeisterung für die Durchführung derselben vorhanden wäre, dann würde es gelingen, die Bewegung zum Siege zu bringen. In ähnlichem Sinne sprach sich D. o. st. aus, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Süd-Ost-Kate, Waldemarstr. 14. Deutsch (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Kalligraphie). Herr Friedrich Schulz. — Nord-Ost-Kate, Müllerstr. 179a: Geschichte (Neuere Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands). Herr Dr. G. W. W. Die Schulstunde wird zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials (abends von 8 Uhr an geöffnet). **Arbeiter-Vereinsabend** Berlin und Umgegend. Vorsitzender: H. Neumann, Hofmeisterstr. 3. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Werning, Mantelstr. 48, v. 2. **Arbeiter-Hausverband** Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Eitler, Meise Brannburgerstr. 7, 1. **Satz** der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Satzungen, den End betreffend sind zu richten an: Hermann Satz, Schönhauser Allee 177 c.

## Vermischtes.

Ein Cholerafall ist in Danzig vorgekommen: Laut Mitteilung der lgl. Polizeidirektion an die „Danziger Zeitung“ ist bei der Wittwe Drechsler, die sich seit Freitag im Stadtlagarath befindet, cholera asiatica bakteriologisch festgestellt worden. Die Erkrankte befindet sich auf dem Wege der Besserung. Ein weiterer Cholerafall ist bis jetzt hier nirgends beobachtet.

Der Polizeikampf gegen das Diebstahl. Auch die hiesigen Polizei verbietet die Aufführung des Dr. Haas'schen Schauspiels „Das Recht“ wegen aufreizender Auspielung auf den Prozeß Piethen.

Wie ein Duell vorbereitet wird. Das Duell Rosenblum-Jelbed hat nicht, wie zuerst von Münchener Blättern gemeldet wurde, einen Streit um ein Mädchen, sondern eine antisemitische Provokation zum Ausgang gehabt. Der Sachverhalt war folgender: Rosenblum, der aus einer israelitischen Familie stammt, dessen Eltern aber getauft sind, betrat am 27. Juni abends ein Lokal des Nymphenburger Volksgartens. Als er an einem Tische vorbeiging, an dem Kaufmann Jelbed in Gesellschaft mehrerer Herren, anscheinend Offiziere, saß, bemerkte er, daß sich die Herren über ihn lustig machten. Rosenblum ging daher nochmals an dem Tisch vorbei und fixierte die Herren, die ihn weiter verhöhnten. Als dann Rosenblum aus der Abtheilung des Gartens, in der sich das Zugenagel hatte, hinausging, folgte ihm Jelbed. Rosenblum stellte ihn zur Rede und fragte ihn, ob das Lachen ihn gepolten habe. Jelbed erwiderte: „Jawohl! Wenn man Ihre Physiognomie ansieht, muß man ja lachen.“ Daraus erfolgte die Forderung, zuerst auf Sabel. Rosenblum fragte nun den Jelbed um seinen Namen. Jelbed nannte sich; fügte aber sofort bei, ob Rosenblum denn überhaupt wisse, ob er (Jelbed) einem Juden Satisfaktion gebe? Diese Ausrufung Jelbed's fiel mit der weiteren Bemerkung: das sehe man ihm (Rosenblum) doch an der Nase an, daß er Jude sei. Rosenblum kontrahierte nun mit Jelbed. Dieser erklärte, er gebe auf blaue Waffen keine Satisfaktion. Rosenblum stellte darauf die Pistolenforderung, der Ausgang des Duells ist bekannt. Jelbed scheint sich auf freiem Fuße zu befinden. — Grohartig!

In der Gemeinde Großpöhlen bei Oedenburg wurden gestern durch eine Feuersbrunst 15 Häuser und ebenso viele Nebengebäude eingeeäschert. Drei Menschen kamen dabei um, und zwei Frauen, welche aus den Flammen gerettet wurden, starben später infolge der erlittenen Brandwunden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

zu können. - P. W. 80. Klein. - E. M. 1. Der Mietler hat das Recht...

Briefkasten der Expedition.

Für die streikenden Arbeiter in Petersburg gingen folgende Beiträge ein: D. Vogel, Charlottenburg 2,-...

Sant, H. Oldenbg. Wahlkreis 100,-. S. A. München 10,-. Summa 268,35 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 9. Juli. Neues Opern-Theater. (Stoll.) Hänsel und Gretel. Die Hofe von Schiras.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst.

Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.

Große Poffe mit Gesang von Hugo Busa.

National-Theatergarten.

Heute: Kinder-Freudenfest. Großes Konzert. - Theaterstücke. Spezialitäten 1. Ranges.

Adolph Ernst-Theater.

Das flotte Berlin. Große Ausstattung, Gesangsposse in 3 Akten...

Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstr. 40. Der Bärer von Kirchfeld.

Viktoria-Brauerei.

Lützowstrasse III/112 (nahe Potsdamer-Platz). Täglich (außer Sonnabend): (Garten resp. Saal.)

Stettiner Sänger.

(Meissel, Pietro, Britton, Steidl, Krons, Röhl und Schrader).

Cavalleria schufficana.

(Die Ehre des Schubbejacks). Romantisch-diaabolisch-infernalisches Oper von Ferdinando Meffelfino.

Ostbahn-Park.

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater.

abends 8 Uhr. Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.

Castan's Panopticum.

165 Friedrichstrasse 165. Das Bärenweib. phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's!

Passage-Panopticum.

42 wilde Weiber aus Dahomey. Bei günstiger Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr.

Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr: Drei grosse historische Umzüge.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148. Vollständig neues Programm. Geschw. Ternay, Doppel-Trapez.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Moderne Zirkusmenschen.

Große Poffe mit Gesang in 4 Akten. Im Saale: Ball. - Volksbelustigungen.

Bolossy Kiralfy's „Orient“.

Olympia Riesentheater. Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.

Ostbahn-Park.

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

KAIRO Spezial-Ausstellung ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.

W. Noack's Sommer-Theater. Brunnenstr. 16. Täglich: Konzert und Theater-Vorstellung.

Feldschlößchen 142 Müllerstraße 142. Telefon: Amt Moabit 1213. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schweizer Garten Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Bolossy Kiralfy's „Orient“ Olympia Riesentheater. Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Ostbahn-Park Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Garten

Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz. Täglich: Norddeutsche Sänger. ungeheurer Erfolg der „Ulke-Parodie“.

Alle fünf Barrisons

Hoffmann mit: „Wer weiss, ob wir uns wiedersehen.“ Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Apollo-Theater und Konzert-Garten

Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück. Täglich um 9 Uhr: Ein Abenteuer im Harem.

Julius Wernau's Festsäle und Garten

Schwedterstraße 23-24. Jeden Montag u. Mittwoch Große Spezialitäten-Vorstellung bei freiem Entree.

Louis Keller's Festsäle

Koppenstr. 29. (3834L) Jeden Dienstag und Donnerstag im prachtvollen Sommergarten.

Norddeutsche Quartett- u. Kompletsänger.

Entree frei. Anfang 8 Uhr. Bei ungünstiger Witterung im Saale.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Beste Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 16, partiere, in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen...

Möbel-Kaufgelegenheit.

Beste Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 16, partiere, in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen...

Restaurations

mit voller Schankkonzession ist preisw. zu verp. Göthestr. 45, Charlottenburg.

Restaurations

mit voller Schankkonzession ist preisw. zu verp. Göthestr. 45, Charlottenburg.

Restaurations

mit voller Schankkonzession ist preisw. zu verp. Göthestr. 45, Charlottenburg.

Restaurations

mit voller Schankkonzession ist preisw. zu verp. Göthestr. 45, Charlottenburg.

Meine Verlobung mit Fräulein Martha Schwedler aus Neu-Weipensee beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

Zentral-Kranken- u. Sterbetafel der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Wilhelm Granzow, am 6. Juli d. J. verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr...

Ein grosser Posten Steppdecken echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stok. 7,50 M.

Mühlentstraße Nr. 8, nahe Oberbaum, ist von sofort ein Laden und vom 1. Oktober freundliche Wohnungen von 1 u. 2 Stuben billig zu vermieten.

Arbeitsmarkt. Mähtung! Träger und Trägerinnen! Wegen Lohn Differenzen in der Prageri F. Priester u. Cvd. Andreasstr. 82...

Schnellphotograph wird verlangt bei Nieß, Weipensee, Sedanstr. 16. (2593b)

Barockbergolder verlangt 2594b F. Brandtner, Strausstr. 52.

Tüchtige Pelzmützenmacher ausserm Hause gegen hohen Lohn verl. G. Louis Dauchwig, Neue Königstr. 85.

Karton-Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung. G. Kirstein & Co., Neue Königstr. 89.

Figaritenarbeiterinnen für Hopenhagen sofort gesucht. Man meldet sich Freitag 12-2 mittags beim Portier im Centralhotel, Friedrichstr. 2591b

Gesanglehrer für Männer- u. gem. Chor noch einige Tage frei. Abr. erb. an Rudolf Mosse, Prinzenstr. 41 umf. L. V. 291.

Geübte Ball- und Kinderstuhlarbeiter per sofort gesucht. K. Michaels & Co., Hamburg, Ballstuhlfabrik, Schönstraße Nr. 1.

Tüchtige Tischlermeister verlangt. Materialleitung zum Oktober gesucht, gute Ausbildung. 2589b J. Jahn, Mantuffelstr. 95.

